

erschient täglich außer Montags. Preis prämumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Hochabonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Gänger. In der Volk-Zeitung-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer ober deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Werksammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verlagsdruckerei: Julius Springer, Berlin, Unter den Linden 11.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 28. April 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Mai eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntagsbeilage

„Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2,20 Mark für die Monate Mai und Juni

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.) Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflichst, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Die Redaktion und Expedition des

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Arbeiterschutz

und Unternehmer in Bayern.

Eine Art Guerillakrieg mit den Unternehmern hatten auch die bayerischen Gewerbe-Inspektoren, deren Bericht für 1892 kürzlich erschienen ist (bei Th. Ackermann in München zu dem ganz enormen Preise von 4,80 Mark!), wegen der Ausführung der neuen Arbeiterschutz-Bestimmungen durchzumachen. Mehrere der Beamten berichten zwar, daß sich die neuen Vorschriften bezüglich des Verbots der kindlichen Arbeit unter 13 Jahren, der Nachtarbeit für Frauen und des elfstündigen Maximal-Arbeitstages für letztere „leicht“ und „ohne Schwierigkeiten“ einführen (Oberbayern, Oberpfalz und Regensburg, Mittelfranken, Schwaben und Neuburg). Aber ihre sonstigen Mitteilungen widersprechen diesem Urtheile theilweise direkt, oder sie schränken es wenigstens mit Bezug auf den guten Willen der Unternehmer wesentlich ein. So heißt es verschiedene Male, der ruhige d. h. schlechte Geschäftsgang des Jahres 1892, der ohnedies vielfach eine Reduktion der Arbeitszeit und Arbeiterzahl mit sich gebracht habe, hätte die Einführung der neuen

Vorschriften erleichtert. Ohne die Krisis hätten die Herren Fabrikanten also weit heftiger opponirt. Nebenbei liegt in solchen Aeußerungen eine recht interessante Widerlegung der landläufigen Anschauung, daß man die Industrie in Zeiten schlechten Geschäftsganges nicht mit neuen Arbeiterschutz-Vorschriften „belasten“ dürfe; es scheint, als wenn dies gerade die geeignetste Zeit für solche Maßregeln wäre. Außerdem kommt in Betracht, daß nach dem bayerischen Schulgesetz die Schulpflicht bereits mit dem 13. Jahre aufgehört, in Bayern also die Unternehmer vorzugsweise von der Halbheit des neuen Arbeiterschutzes profitieren, welche 13jährige Kinder, die nicht mehr schulpflichtig sind, ruhig weiter der Ausbeutung überantwortet. Jetzt möchten die bayerischen Fabrikanten nur noch haben, daß sie die 13jährigen Wesen statt nur 6, auch volle 10 Stunden wie die jugendlichen von 14-16 Jahren ausnützen dürften. Zwei Gewerbe-Inspektoren, die für die Pfalz, sowie für Unterfranken und Aichachenburg, berichten von diesem christlichen Wunsche ohne ein Wort der Abwehr. So hoch werden die Bäume wohl nicht in den Himmel wachsen! Kommt doch hinzu, daß nach den Uebergangsbestimmungen der Gewerbe-Ordnung 12 und 13jährige Kinder, die bereits vor dem 1. Juni 1891 beschäftigt waren, ohnedies ruhig in der bisherigen Weise weiter abgerackert werden dürfen.

Zahlenmäßig geht aus den Uebersichten über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Bayern, die den Berichten beigelegt sind, hervor, daß im Bajuwarenlande thatsächlich die Kinder- und jugendliche Arbeit in Fabriken trotz dem neuen Arbeiterschutz so geringfügig, wie in keinem anderen Bundesstaat abgenommen hat. Die Anlagen mit jugendlichen Arbeitern vermehrten sich von 1890 auf 1892 von 2155 auf 2487, die Ziffer der industriell beschäftigten Kinder sank nur von 2140 auf 1642, während sie sich in Sachsen und Baden auf mehr als die Hälfte reduzierte, und die Zahl der jugendlichen Arbeiter stieg munter weiter von 14760 im Jahre 1890 auf 15419 im Jahre 1892. Der Geschicklichkeit, mit welcher diese bayerische Fabrikarbeiter-Statistik alle zwei Jahre aufgemacht wird, ist es zu verdanken, daß man dabei gar nicht erfährt, ob die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter zu- oder abgenommen hat. Fand wie wahrscheinlich das letztere statt, so wäre die Zunahme der jugendlichen Arbeiter um so bedenklicher. Bezüglich der erwachsenen Arbeiterinnen läßt sich nur feststellen, daß sie von 1881, wo die erste Zählung stattfand, auf 1892, wo endlich wieder zum zweiten Male gezählt wurde, von 25537 auf nicht weniger als 50104 Köpfe wuchsen. Da ein Inspektor bemerkt, daß das Zustromen weiblicher Kräfte in die Fabriken auch ihm besonders aufgefallen sei, so liegt der Schluß nahe, daß jugendliche Arbeiter und Frauen wie in Sachsen so auch in Bayern immer mehr die Ausbeutungsbjette der Unternehmer werden.

Von der Mangelhaftigkeit der Aufsicht, namentlich der ortspolizeilichen, berichten die bayerischen Beamten auch in

diesem Jahre wieder ganz besonders. Der oberbayerische Inspektor schreibt wörtlich: „Einigermaßen hängt übrigens die verhältnismäßige Seltenheit von Anträgen zur anderweitigen Regelung der Arbeit weiblicher (und jugendlicher) Personen zweifellos noch mit einer Mangelhaftigkeit im Vollzuge der gesetzlichen Bestimmungen zusammen“. Der oberbayerische Beamte spricht von der „geringen Theilnahme seitens der Ortspolizeibehörden“. Für sozialdemokratische Versammlungen kann diese „geringe Theilnahme“ nicht beklagt werden. Der Fabrikinspektor für Oberpfalz und Regensburg meint: „wenn die Aufsicht durch die richtige Mitwirkung der Ortspolizeibehörden wirksam unterstützt werden würde, so könnte mindestens die Durchführung neuer Bestimmungen rascher erfolgen und viel Zeit für andere Aufgaben gewonnen werden“. Für Unterfranken und Aichachenburg heißt es: „Nur in einigen Städten wurde bemerkt, daß ortspolizeiliche Aufsicht über die jugendlichen Arbeiter geführt wurde.“ Was ist es da zu verwundern, daß verbotene Kinderbeschäftigung, Nichteinhalten der Arbeitspausen, Ueberschreitungen des Maximalarbeitsstages für jugendliche Arbeiter und Nachtarbeit derselben in jedem Bezirk mehrfach beobachtet wurden. Ermüthigen doch zwei Aufsichtsbeamte, die für Oberfranken und Schwaben und Neuburg die Fabrikanten geradezu zu Gesetzesübertretungen, indem sie in die beweglichen Klagen gekränkter Unternehmer über die schwächlichen neuen Arbeiterschutz-Bestimmungen mit vollem Munde einstimmten. Nach dem erstgenannten kann die Nachtarbeit der Frauen in einer Konserven-Fabrik „ohne empfindlichen Verlust nicht entbehrt werden“, und nach dem anderen ist die Nichtbeschäftigung 13jähriger Kinder, bezüglich deren sich „viele Unternehmer den diesbezüglichen Gesetzesbestimmungen absolut nicht unterwerfen wollten“, „im Interesse der Sittlichkeit zu beklagen“. Solche Anschauungen spulen noch in den Köpfen staatlicher bayerischer Gewerbe-Aufsichtsbeamten. Uebrigens ist es gar nicht richtig, wie der oberbayerische Inspektor es thut, von einer „Seltenheit“ der Anträge der bayerischen Unternehmer wegen Ausnahmestimmungen zu sprechen. Dem einzelnen Beamten ist eben die Uebersicht erschwert, weil nicht einmal im vorliegenden Berichtsband die Zusammenstellung aller bewilligten Ausnahmen für ganz Bayern abdruckt gegeben wird, sondern nur für jeden Bezirk vereinzelt. Wir haben uns der Mühe der Addition unterzogen und festgestellt, daß im gesammten Königreiche Bayern im Jahre 1892 für nicht weniger als ca. 6200 Arbeiterinnen der verschiedensten Gewerbegruppen Ueberarbeit von 1 bis 3 Stunden Dauer für nicht weniger als ca. 5500 Betriebstage ausnahmsweise bewilligt worden ist, und dies auf eine Gesamtzahl der Arbeiterinnen von ca. 50000, während in Baden unter einer guten Gewerbe-Inspektion zu gleicher Zeit auf eine Gesamtzahl der Arbeiterinnen von ca. 36000 nur für 6102 Arbeiterinnen 2803 Betriebstage für Ueberarbeit freigegeben wurden. So steht also Bayern auch bezüglich der Aus-

Feuilleton.

(Abdruck verboten.)

174

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

„Reigen Sie mir, was Sie im Sack haben.“

„Warum? Es ist nichts darin, das Ihnen gehört.“ sagte Andrej in dem dreiflüchlichen Tone. „Wir verlieren nur Euretwege nutzlos die Zeit.“

„Thun Sie, was Ihnen befohlen ist, und geben Sie wohl Acht,“ sagte der Polizist streng.

Andrej suchte mit den Achseln und öffnete mit halb spöttischer, halb ärgerlicher Miene den Sack. Der Polizist sah sich den Inhalt an und schien selbst zu empfinden, wie albern es wäre, seine Zeit und die anderer Leute zu vergeuden.

„Und Sie?“ wandte er sich an Gregor in viel ruhigerem Tone.

„Semjon Schigajew. Auch auf dem Heimwege.“

„Brüder?“ fragte der Polizist.

„Ja, Stiefbrüder,“ erklärte Gregor, der sich erinnerte, wie wenig sie einander ähnelten.

Inzwischen näherten sich andere Leute dem Thor, um ihrerseits geprüft zu werden.

„Geh,“ sagte der Polizist, eine unvorsichtige Handbewegung machend.

Andrej legte den Sack um die Schultern und wollte, da er diesen Vorfall als erledigt betrachtete, weitergehen. Aber jetzt beugte sich der andere Polizist, ein hagerer Burche, mit einem boshaften pokernarbigem Gesichte, der bis dahin keinen Antheil an den Vorgängen genommen hatte, zu seinem jähzornigen Gefährten, der augenscheinlich sein Vorgesetzter war, herab und flüsterte ihm, auf Andrej's Stiefel zeigend, einige Worte zu.

„Ah, halt!“ rief der Andere, sich vor Andrej hinstellend. „Zhr müßt nach der Polizeiwache gehen.“

Gregor blieb von selbst stehen. Er zweifelte nicht, daß alles verloren war.

„Warum auf das Polizeiamt?“ fragte Gregor. „Ich bin nicht betrunken und mein Paß ist in Ordnung.“

„Das werden Sie dort sehen! Wir müssen Euch anhalten.“

„Aber warum?“

„Wir sind dazu verpflichtet.“

Die Sache begann eine sehr üble Wendung zu nehmen. Es war leicht, diese beiden Dummköpfe unschädlich zu machen, aber schwer bei hellem Tageslicht zu Fuß zu entweichen.

Während Andrej schnell den Platz überblickte und überlegte, was zu thun wäre, wenn das Schlimmste eintrete, protestirte er laut dagegen, daß ein Mensch, der einen Paß habe, so behandelt werde, rüthete sich der vielen guten Anstellungen und der Anzahl von Meistern, die ihm die besten Zeugnisse geben würden.

„Semjon“, sagte er zu Gregor mit tugendhafter Entschlossenheit, „gehe und bitte Artipow's Geschäftsführer hierher zu kommen. Es ist nicht weit“, erklärte er dem Polizisten und nannte eine benachbarte große Straße.

Sein Gedanke war, Gregor wegzubringen. Allein würde er sich sicherer fühlen und ebenso gut fertig werden.

Die Polizisten schienen nichts dagegen zu haben, daß Gregor in die Stadt zurückging, sie hatten für einen solchen Fall keine Instruktionen. Gregor rührte sich aber nicht. Er merkte Andrej's Absicht, welche vom sachlichen Standpunkte aus sehr natürlich und richtig war. Er konnte es aber nicht über sich bringen wegzugehen und ihn in solcher Situation allein zu lassen.

„Ich möchte lieber nicht,“ sagte er; „Ephim Sawrillisch ist so eigenthümlich. Er würde böse sein, wenn man ihn wegen solch' einer Kleinigkeit störte.“

Andrej konnte nicht weiter in ihn dringen. „Gut, gehen wir dann sofort zum Polizei-Amt. Wir haben es sehr eilig.“

Er wollte den Ort ohne jeden Fluchtversuch verlassen, denn das Thor war bereits von Vorübergehenden umdrängt, die stehen blieben, um den Streit anzuhören.

„Wartet auf die Patrouille,“ erwiderte der Polizist kurz. „Wir können unsere Posten Euretwege nicht verlassen.“

Sie entfernten sich einige Schritte, ließen sich auf den Boden nieder und zündeten ihre Pfeifen an, um sich die Zeit zu vertreiben.

Da die Menge nichts Anziehendes an dem Schauspiel fand, zerstreute sie sich nach und nach. Selbst die Polizisten schenkten ihnen keine Aufmerksamkeit mehr. Die Patrouille konnte aber jeden Moment kommen. Da war keine Zeit zu verlieren.

Zwischen zwei Bürgen aus der Pseife flüsterte ihm Gregor schnell zu: „Gieb dem Lumpen ein Goldstück.“

Andrej nickte. Er hatte auch daran gedacht, es zuerst mit Bestechung zu versuchen. Er wählte einen Moment,

nahmen vom Arbeiterschutze, die es den Ausbeutern bereitwillig gewährte und welche diese sicher eher zu viel, als zu wenig ausgenutzt haben, unübertroffen da!

Die bayerischen Arbeiter haben demnach schwere Arbeit vor sich, wenn sie dem schwächlichen Arbeiterschutze der Gewerbeordnung in ihrem Lande auch nur einigermaßen Geltung verschaffen wollen. In Bayern sind bisher auch unseres Wissens noch keine Ueberwachungskommissionen seitens der Gewerkschaften gegründet worden, wie in Baden, Württemberg, Hessen und Sachsen. Diese Kommissionen müssen Beschwerden der Arbeiter über die mangelhafte Durchführung des Arbeiterschutzes zu den ihrigen machen und sie wohl begründet an den zuständigen Gewerbeinspektor bringen. Mögen die bayerischen Genossen nicht lange mehr säumen, damit sich das Uebel nicht einfrisst. Denn bei ihnen schaltet und waltet das Unternehmertum noch wie es will, den neuen Gesetzesbestimmungen zum Trotz, das beweisen die neuesten Berichte ihrer staatlichen Gewerbeinspektoren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. April.

Aus dem Reichstage. Die Verathung über den Gesetzentwurf gegen den Verrath militärischer Geheimnisse brachte heute noch einen kleinen reaktionären Vorstoß aus den Reihen der Nationalliberalen. Bei der zweiten Lesung war ein Antrag Tröber angenommen worden, wonach die Bestimmung, daß neben dem Verrath von Schriften, Zeichnungen oder anderen Gegenständen durch die Mittheilung von Nachrichten solcher Art an andere mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren und Geldstrafe bis zu 15 000 M. bestraft werden könne, gestrichen wurde. Diese Worte „Nachrichten solcher Art“, welche sich in sieben Paragraphen des Gesetzes wiederholen, wollte nun der Abgeordnete Schneider (Pam.) in den Entwurf wieder aufnehmen und damit eine der schlimmsten Bestimmungen dieses mit Rantschulbegriffen schon überladenen Gesetzes wieder in dasselbe aufnehmen. Der Kriegsminister trat mit mehr gutem Willen als Gluck für den Antrag ein, das Haus aber lehnte in namentlicher Abstimmung mit 131 gegen 97 Stimmen denselben ab. Ein Bruchtheil des Zentrums, die ganze Rechte und das Gros der Nationalliberalen stimmten für den Rantschulbegriff. Die ganze Vorlage wurde dann gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

Die nunmehr erfolgende zweite Lesung der Buchergesetz-Vorlage benutzte die Herren Antisemiten Liebermann von Sonnenberg und Dr. Bödel, um den Vorsprung, den ihr Fraktionsgenosse Ahlwardt in der Kunst, sich in den Augen aller anständigen Menschen zu blamiren, gewonnen hatte, wieder einzuholen. Besonders Herrn von Liebermann ist diese Absicht in vollem Umfange gelungen. Ein so einstimmiges Pfui! wie es am Schlusse der Rede dieses Herrn heute, infolge seiner pöbelhaften Aeußerung gegen unseren Genossen Stadthagen, aus dem ganzen Hause entgegenscholl, hat außer Ahlwardt noch kein Redner jemals erzielt. Auch ein Erfolg!

Herr Dr. Bödel erregte in den Reihen unserer Abgeordneten ein homerisches Gelächter mit der Mittheilung, daß der Antisemitismus sogar in der sozialdemokratischen Fraktion seine Anhänger habe und zum Beweise dafür sich auf angeblich gedruckte Aeußerungen von — Kunert und Liebknecht berief. Dem Herrn werden morgen die Angegriffenen den Staat stechen.

Die Militärvorlage. In den „Gamburger Nachrichten“ liest man aus Süddeutschland: „Es hat den Anschein, als ob die maßgebenden Kreise in Berlin über die Stimmung in der süddeutschen Bevölkerung durchaus falsch berichtet sind; sie täuschen sich über die Bedeutung einzelner Kundgebungen zu Gunsten der Militärvorlage und bilden sich ein, es sei leicht, durch allerhand künstliche Mittel das Volk von der Nothwendigkeit der Heeresvermehrung gerade in der von der Regierung beliebten Weise zu überzeugen. Man gewinnt wenigstens diese Meinung, wenn man beobachtet, mit welcher Besessenheit die offiziöse Presse und insbesondere die Norddeutsche Allgemeine Zeitung jede Versammlung, und sei sie auch in dem unbedeutendsten Flecken abgehalten, frohlockend verzeichnet, wenn sie sich nur zustimmend zur Militärvorlage ausgesprochen hat. Entweder weiß die

offizielle Presse nicht, wie diese Kundgebungen zu Stande kommen, oder sie will nicht wissen, daß es hauptsächlich pensionirte Offiziere sind, welche die von ihnen geleiteten Kriegervereine mobil machen und die Mitglieder derselben in sogenannten „patriotischen Vereinen“ zusammenfassen, welche dann, der gewohnten Führung folgend, sich für die Militärvorlage erklären. Eine Fluth von Flugblättern wird zu Gunsten der Militärvorlage verbreitet, deren Inhalt stets derselbe ist und von denen man zwar nicht weiß, aber ahnt, auf wessen Kosten sie verbreitet werden. Da man hier ganz allgemein glaubt, daß die Gelder für diese Agitation aus Berlin kommen, so legt man den scheinbaren Ergebnissen derselben keine Bedeutung bei. Die Gründung eines patriotischen Vereins ist eine sehr einfache Sache: ein Komitee beruft ein, der Beitritt ist unentgeltlich und es kommt nur darauf an, eine einigermaßen besuchte Versammlung zu Stande zu bringen. In dieser hat der Verein seine Resolution zu fassen und dann verschwindet er von der Bildfläche, ohne irgend eine Spur zu hinterlassen. Wenn die Regierung glaubt, mit solchen Truppen eine Wahlschlacht zu gewinnen, dann wird sie sich täuschen. Augenblicklich wird lediglich diese harmlose Agitation betrieben und die übrigen Parteien bekümmern sich in der Erkenntniß der Bedeutungslosigkeit derselben gar nicht darum, wer etwa an einer solchen Versammlung oder Kundgebung theilnimmt. Dadurch ist wahrscheinlich bei der Regierung der Glaube entstanden, die Stimmung des Volkes sei namentlich im Süden der Militärvorlage günstig.“ Diese Ausführungen sind um so pikanter, als sie in dem Leitblatte des Rammes erscheinen, der dieselbe schände Taktik der Wahlbeeinflussung Jahrzehnte lang betrieben hat.

Aus Rom wird der „National-Zeitung“ telegraphirt: „Als absolut zuverlässig kann ich Ihnen melden, daß bei der Unterredung des Kaisers mit dem Papst weder die Militärvorlage, noch irgend eine andere deutsche politische Angelegenheit berührt wurde. Der Hauptgegenstand der Unterredung waren die sozialen Fragen. Ebenso wird mir authentisch berichtet, daß auch in der Audienz des Staatssekretärs von Marschall beim Papste mit keinem Worte von der Militärvorlage die Rede war.“ Dasselbe Blatt meldet aber in derselben Nummer: „Es wird uns bestätigt, daß die Verhandlungen über die Militärvorlage mit Herrn von Hunsen-Jordauern, aber hinzugefügt, daß für den Fall des Nichtzustandekommens einer Einigung mit dem Reichstage die Auflösung desselben feststehe.“ Die „Vossische Zeitung“, die „Kölnische Zeitung“, die „National-Zeitung“, die sehr erbot sind über die Aeußerung Wilhelm II. an Ledochowski und ein amtliches Dementi fordern, bekommen in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung einen recht merkwürdigen Wischer. Da heißt es: „Verschiedene nationalliberale Blätter, namentlich die „National-Zeitung“ und der „Hann. Courier“, äußern sich sehr erregt über von der „Köln. Volksztg.“ verbreitete Aeußerungen einer angeblichen Aeußerung des Kaisers zum Kardinal Grafen Ledochowski. Die beiden genannten Zeitungen betonen dringend die Nothwendigkeit einer amtlichen Richtigstellung. Wir wissen nicht, ob dieser Wunsch Aussicht auf Erfüllung hat, und nehmen von der Bereitwilligkeit der genannten Blätter auch nur Notiz, weil dieselbe für die politische Stimmung des Augenblicks einigermaßen bezeichnend ist.“

Auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr Marschall von Bieberstein, ist, um auch diese römische Nachricht zu verzeichnen, am 25. d. M. vom Papst empfangen worden. Und die Entscheidung über die Militärvorlage steht vor der Thür.

Zahlen betweisen. Der Bericht der Militärkommission giebt eine Zusammenstellung der Ausgaben des Reichsheeres, aus der hervorgeht, daß die jährlichen Heereskosten in dem Zeitraum von 1879/80 bis 1893/94 von 361 385 520 auf 585 298 939 M. gestiegen sind. Anlage 26 enthält die Uebersicht der Ausgaben der Reichsverwaltungen in den Etatsjahren 1873 bis 1893/94. In diesem Zeitraum sind die Ausgaben der Marineverwaltung von 25 969 000 auf 88 553 500 M. gestiegen. Die Reichsschuld erforderte zu ihrer Verzinsung 1876/77 nur 67 026 M., 1893/94 aber 65 675 000 M. Während das Reichsschuldkapital am 31. März 1877 erst 16 338 100 M. betrug, ist es am 31. März 1899 bereits auf 883 773 900 M. gestiegen, um im Etatsjahre 1893/94 die Summe von 1 755 542 400 M. zu erreichen. Und man will dem Volke eine Vorlage aufhalsen, die nach ihrer Durchführung dem Reiche jährlich noch 75 Millionen kosten würde.

Aus der Ferienkolonie. Im „General-Anzeiger“ für Marburg lesen wir folgendes Eingekleidete: „Den zahlreichen Passanten der Kasernenstraße wurde am Sonntag Nachmittag ein eigentümliches Schauspiel geboten. Ein Offizier rief in der Nähe des Museums einen

einer unangenehmen Nachricht gewesen wäre, die sie nicht glauben wollte.

„Wer sagte es Ihnen?“ fragte sie ungläubig.
„Niemand. Wir reisten den ganzen Weg von Dubrawnik zusammen und sind auch zusammen angekommen. Ich versichere Sie, daß es wirklich Ihr Andrej von Fleisch und Blut war und kein Geist,“ sagte David lächelnd.

Erst nach diesen umständlichen Auseinandersetzungen erwachte Tanja aus ihrer Erstarrung und gab ihrer Freude Ausdruck.

Thatsächlich war sie überzeugt gewesen, Andrej sei umgekommen. Nur schloß ihrer Folgerung die positive Bestätigung. Sie glaubte sich aber darauf gefaßt halten zu müssen und versuchte sich keinen trügerischen Hoffnungen hinzugeben, um bei der Nachricht von seiner Verhaftung nicht ganz zusammen zu brechen.

Es ist wohl bekannt, daß die Unterthanen des Zaren sich nicht des Vergnügens einer freien Korrespondenz erfreuen. Was die Verschworenen anbetrifft, so schreiben sie fast gar keine Privatbriefe oder beschränken diese Korrespondenz auf's Allernothwendigste.

Als Andrej nach Dubrawnik geschickt wurde, konnte sie nicht hoffen, Briefe von ihm zu bekommen. Sie hatte ihm aber das Versprechen abgenommen, ihr jeden Abend ein Zeitungsexemplar mit von ihm geschriebener Adresse zu senden. Das sagte ihr zwar nicht viel über ihn, sie ersah aber wenigstens daraus, daß er noch nicht verhaftet war.

Andrej löste sein Versprechen gewissenhaft ein, jeden Morgen um elf Uhr erhielt Tanja regelmäßig ein Exemplar von dem Dubrawnik'schen Blättchen reaktionärster Tendenz und deshalb dem sichersten, welches Andrej finden konnte. Das Blatt bereitete ihr wahrscheinlich mehr Freude als allen übrigen Abonnenten zusammen. Der Empfang desselben war für sie das Hauptereigniß des Tages. Sie war erregt, wenn die Zeit, in der der Postbote gewöhnlich kam, heranrückte und süßte sich elend, wenn die kostbare Sendung anstatt am Morgen am Nachmittag eintraf.

(Fortsetzung folgt.)

gräßend vorüber gehenden Jäger heran und ließ sich von demselben mit dem (natürlich dem Jäger gehörenden) Taschentuch die bestaubten Beinleider und Stiefel auf offener Straße reinigen. An maßgebender Stelle würde daher der Vorschlag wohl Berücksichtigung finden, das Militär für solche Fälle — außer der gebräuchlichen Sonntagsgarnitur — mit einer Staub- und Wischbürste auszurüsten.“

Vom festen Thurm. Im „Bayerischen Vaterland“ liest man: „Schauderhaftes Pech unserer braven Zentrumsleute! Noch ist die erbauliche Geschichte von dem liebevollen Zentrumsdeputatus (Herr Raucheneker, Sigl's Gegenkandidat in Kelheim, soll darüber genauere Auskunft ertheilen können, Red. d. V.) und seiner geliebten Kellnerin, die ihn mit schreienden Beweisen seiner Frömmigkeit erfreute, nicht verklungen, klingelt es schon wieder von einem anderen Zentrumsdeputatus, der auch ein übergefühlvolles Herz besitzt, aber weniger gegen die eigene züchtige Hausfrau, auch — diesmal — nicht gegen Kellnerinnen — die, wie Professor Laßaulz sagte — „auch leben sollen, wenn sie schön sind“ — sondern zu seines Nächsten Hausfrau, und jetzt haben sie gar einen richtig auf's Bank gesetzt, den braven Herrn Menzinger, „Patriot“, Bürgermeister und durch der braven Wahl Landtagsdeputatus von Deggendorf. Selbiger brave Zentrumsmann kam gar wegen gemeiner „Untreue im Amte“ durch Golddiebstahl u. a. auf's Bank, eine Menge Zeugen sagten sehr gravirliche Dinge über ihn aus und der Staatsanwalt beantragte dann 1 Monat Gefängniß, 500 Mark Geldstrafe und auf 2 Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte! „Patriot“ Menzinger will natürlich „nur zum Wohle der Stadt und seiner Mitbürger“ gehandelt haben. Natürlich! Das Urtheil wird erst in 8 Tagen verhängt; der biedere „Patriot“ hat aber auch ohne Urtheil schon genug und ist fertig für immer.“

Die „Süderländische Volks-Zeitung“, das in Altendorn, in Fusangel's Wahlkreis, erscheinende Zentrumsblatt schreibt:

„Wehe dem Zentrum, wenn der Geist, der bei dieser Wahl die Zentralleitung beherrscht hat, sich dauernd festsetzen sollte. Dann wäre das Ereigniß im Wahlkreise Olpe-Meschede-Arnberg der erste Nagel zum Sarge des Zentrums gewesen und die Verantwortung für den Untergang dieser für das katholische Volk hochbedeutenden Partei würde, nach Lage der Umstände allein der Zentrumsleitung, welche im Interesse der Partei-Organisation und um nicht das Thun und Treiben einzelner ihrer Mitglieder zu desavouiren, mehr als 15 000 Zentrumswähler gläubte schroff vor den Kopf stoßen zu dürfen, wir sagen, die schwere Verantwortung für die Trennung des katholischen „Volkes“ von der Zentrumsfraktion würde lehterer einzig und allein aufzuerlegen sein. ... Mit und auch ohne Zentrum, wenn es sein soll und muß, wird die katholische Sache vertreten werden. Wenn aber die Behandlung des von uns gewählten Abgeordneten für jeden Wahlkreis hätte schmerzlich sein müssen, dann müssen wir es um so tiefer empfinden, als gerade der Wahlkreis Olpe-Meschede-Arnberg derjenige gewesen ist, welcher mit der Wahl des Abgeordneten Peter Reichensperger den Grundstein zum Zentrum gelegt hat und sicher den Grundstein der Zentrumspartei treu bis in den Tod bleiben wird.“

Zum Schluß fordert das Blatt auf, an Fusangel festzuhalten.

Der „Simonaden-„Reformer““ Oeschelhäuser erklärt, er wolle im 2. anhaltischen Reichstags-Wahlkreise kein Mandat mehr annehmen. Nun, die Sozialdemokratie dieses Wahlkreises hätte ihm ohnedies wohl die Mühe der Annahme erspart.

Keine fakultative Feuerbestattung. Die Erste hessische Kammer hat mit 12 gegen 11 Stimmen nach längerer Debatte den von der Zweiten Kammer mit großer Mehrheit angenommenen Antrag auf Einführung der fakultativen Feuerbestattung abgelehnt. Die Erste Kammer hat getreu ihrer junkerlich-pfäffischen Zusammenfassung gar nicht anders handeln können. Aber die Zweite Kammer vermag, wenn sie nur ernstlich will, die widerhaarigen „Lords“ des hessischen „Oberhauses“ zur Reaison zu bringen.

Frau Sammonia, die schlotterliche Königin von Geldacksgnaden hat sich — schwer genug ist's ihr geworden — endlich bemüht gefunden, eine ihrer vielen Blößen, die sie dem Gespött der Welt preisgeben, nothdürftig zu bedecken. Gestern hat die Bürgerschaft mit Ach und Krach die ihr vom Senat vorgelegte Nothstands-novelle zum Vauseg angenommen, die für die nächste Zukunft den schlimmsten Schäden der Wohnungsmisere einigermaßen abzuhelfen berufen ist. Auch hier hat es erst des Hinweises darauf bedurft, daß man sich vor allem vor der Sozialdemokratie zu schämen habe, wenn man nicht diesen ersten Schritt zur Besserung mache. Das Wolff'sche Telegraphenbureau meldete über die betreffende Sitzung: „Die Bürgerschaft berieth heute in Gegenwart von zwei Senatskommissionären eingehend die vom Senate vorgelegte Nothstandsnovelle zum Vaupolizeigesetz. Die Grundeigentümer hatten eine Ausschussprüfung beantragt. Dies wurde von anderer Seite als Verschleppungspolitik bezeichnet. Senator Dr. Bachmann erklärte unter Hinweis auf die Reichstagsitzung vom 21. April, in welcher Senator Burckhard die Stadt Hamburg gegen die Angriffe des sozialdemokratischen Abgeordneten Wurm verteidigt hatte, es sei eine Ehrenpflicht, sofort über diese Vorlage Beschlüsse zu fassen. Der Antrag auf Ausschussprüfung wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Bürgerschaft trat sogleich in die Spezialberatung ein und nahm schließlich die Senatsvorlage mit ganz geringfügigen Abänderungen endgültig an.“

Der Ahlwardt ist das A und O der liberalen und demokratischen Presse. Daß der Fischmarkt-„Skandal“ vom 25. April nach dem Geschmack dieser „freisinnigen“ Leuchten ist, versteht sich. So liest man in der „Frankfurter Zeitung“:

„Der Präsident hatte anfangs den Versuch gemacht, die schlimmsten Ausbrüche der Entrüstung hintanzubalten. Er überzeugte sich bald, daß das unmöglich war, denn das ganze Haus zeigte sich einig; und dann ließ der Präsident diese Art moralischen Faustrecht gewähren, wohl in der Erkenntniß, daß einem Menschen gegenüber, der in parlamentarischen Formen andere als Spitzbüden und Betrüger hinstellt, die Abwehr der gerechten Entrüstung auch in unparlamentarischen Formen erlaubt sein müsse.“

Was in dieser „Entrüstung“ stülliche Empörung und was Wuthschrei der Gründer und Gründergenossen war, die

als niemand dabei war und sagte: — „Höre Freund. Wie viel willst Du haben, um mich meinen Weg in Frieden ziehen zu lassen.“

„Wie viel willst Du geben?“ erwiderte er begierig.
„Das will ich Dir geben,“ sagte Andrej eindringlich und zeigte einige Kupfermünzen.

Wenn er unter diesen Umständen eine große Bestechung angeboten hätte, wäre sofort der Verdacht erregt worden und alles verloren gewesen.

„Nein, es ist zu wenig. Wir sind Zwei. Geben Sie uns einen Rubel!“

„Bah! Ich habe nicht so viele Rubel wegzuworfen. Nehmen Sie einen halben Rubel. Ich würde Ihnen nicht einmal so viel geben, wenn ich's nicht so eilig hätte.“

Er besaß indeß nicht die nöthige Ruhe, um so zu handeln, wie er sollte. Er legte etwas zu, und sie waren bald wieder frei.

Beim ersten Dorfe mieteten sie einen einspännigen Bauernwagen, und gegen Mittag kamen sie an die Bahnstation. David wartete bereits auf sie und theilte ihnen mit, daß alles in Ordnung sei und kein Spion zu sehen wäre. Diesmal aber bestand Andrej darauf, daß sich die Gesellschaft theile. Sie gingen einzeln zum Billetschalter, suchten jeder einen besonderen Wagen auf und wollten sich auf den Zwischenstationen so benehmen, als ob sie Fremde wären. Erst am Endziele ihrer Reise vereinigten sie sich wieder.

Kapitel VII.

Daheim.

Tanja befand sich allein in ihrem Zimmer. Die unaufhörliche seelische Qual der letzten drei Tage hatte sie recht elend gemacht. Da kam David mit der Nachricht, daß Andrej frisch und gesund in St. Petersburg angelangt sei und in einigen Stunden bei ihr sein werde. Andrej hatte ihn gebeten, ihr diese Botschaft zu hinterbringen, da er wegen der Kleidung, die er zu wechseln hatte, nicht direkt zu ihr kommen konnte.

David war überrascht, daß Tanja keine besondere Freude zeigte, dies zu hören. Der Blick, den sie auf ihn warf, war halb verwundert, halb fragend, als ob er der Ueberbringer

nun einmal von der 1878er Schwindel-Aera nichts hören wollen, darüber mögen die Beteiligten, die bürgerlichen Parteien sich auseinandersetzen. Ein Parlament, das seine eigenen Gesetze bricht, schlägt sich selber ins Gesicht. Unser Urtheil über die Kadavere haben wir bereits am nächsten Tage gefällt und wir haben kein Tüpfelchen davon zu widerrufen. Aber ein Zeichen der Einsichtslosigkeit ist es, wenn die Vertreter des mobilen Kapitals, die Liberalen aller Schattirungen, den Antisemitismus nun für todt und begraben halten und die Konservativen allein für den Ahlwardt verantwortlich machen. Die ganze Bourgeoisie aber haftet solidarisch für den Antisemitismus, der ein Erzeugniß der wirtschaftlichen Zustände ist, und die Konservativen kreben mit der Judenheit, um den Angriff vom Junkerlager abzuhalten. Ahlwardt ist der idiotische Hanswurst, der mit seiner Britische blindlings um sich schlägt, ab und zu wunde Stellen trifft. Wird er in die Kumpfkammer geworfen — ob dies so bald geschieht, steht noch gar nicht fest — so kommen neue Ahlwardts, die etwa geschickter sind. Auf die kapitalistische Mißwirtschaft kleinbürgerliche Katalinier, auf einen Schelmen andertthalb! —

Für das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht zum Landtag treten die vereinigten bayerischen Liberalen, Deutschfreisinnige und Nationalliberale, in ihrem Wahlprogramm ein. Natürlich sind sie fest entschlossen, dies Versprechen nicht zu halten und fest davon überzeugt, daß es nicht eingeführt wird. Es würde ihnen auch das letzte Mandat kosten. Die aufgeführten Arbeiter antworten auf den liberalen Loosruf mit sozialdemokratischen Stimmgabeln. —

Dem ungarischen Reichstag sind von den drei geplanten kirchenpolitischen Vorlagen, die Entwürfe, betreffend die Einführung der Zivilmatrikeln, die Registrierung der jüdischen Konfession und die Kultusfreiheit der Konfessionen, die Vorlage über die Einführung der Zivilstandsregister und über die Rezeption der jüdischen Konfession am 26. April vorgelegt worden. Die erste Vorlage richtet sich gegen die sogenannten Wegtaufen. Der römische Episkopat in Ungarn hat, nachdem er die gesetzliche Regelung der Frage, in welcher Konfession die Kinder aus gemischten Ehen zu taufen sind, vom Jahre 1868 23 Jahre lang gelassen, auf Anweisung vom Vatikan her plötzlich deren Abschaffung gefordert. Nach jenen Bestimmungen sollten Knaben in der Konfession des Vaters, Mädchen in derjenigen der Mutter getauft werden. Die vorige Regierung zeigte sich zu Änderungen des Gesetzes vom Jahre 1868 geneigt, aber der Episkopat verlangte schlechthin die Abschaffung des Gesetzes ohne jeden Ersatz. Darauf ging die Regierung nicht ein. Jetzt hat der Ministerpräsident Welerle die Einführung der Zivilstandsregister beschlossen. Die zweite Vorlage bezweckt die vollständige Gleichstellung der Juden und läßt den Uebertritt aus christlichen Konfessionen zum Judentum unter ganz denselben Bedingungen zu, wie diese für den Uebertritt von einer christlichen Konfession zur anderen gelten. Es ist die höchste Zeit, daß diese feudalen Rückstände des Ungarlandes beseitigt werden. —

Der Berner „Muh“, d. h. das patrizisch-kapitalistische Großbürgertum der Stadt Bern nimmt argen Anstoß an dem Fortschritt der Arbeiterbewegung und an der hervorragenden Wirksamkeit unseres bewährten Genossen Dr. Wassiliew. Der Einwohnerverein der Stadt Bern (der Muhgen-Bund) hatte sich nun an die Regierung mit einer Eingabe gemeldet, worin er anfragte, ob sie es nicht für „dringend nöthig und gesetzlich geboten“ erachte, das Herumtragen der rothen Fahne zu verbieten; ob sie nicht der „freien Schule“ des Herrn Dr. Wassiliew ihre Aufmerksamkeit schenken wolle, was nach der Ueberzeugung der Petenten „sofortiges Einschreiten zur Folge haben müßte“, und ob sie es nicht „für gesetzlich geboten erachte, gegen das ganze staatsgefährdende Auftreten gewisser sozialistischer Elemente, so insbesondere des Großrats Sted, die kompetenten Behörden zum ganz energischen Einschreiten aufzufordern“. Darauf erklärt nun (entsetzt dich, teufliches Herz!), die Berner Regierung, die wohl beweisen wollte, daß sie ein „wildes“ Kantonal regiere, daß ein Verbot des Herumtragens der rothen Fahne sich nur auf Artikel 40 der Berner Verfassung stützen könnte, der die Regierung ermächtigt, die zur Handhabung der öffentlichen Ordnung geeigneten Maßregeln zu treffen. Die Eingabe des Einwohnervereins sage aber selber nicht, daß in der Stadt Bern durch das Herumtragen der rothen Fahne Störungen der öffentlichen Ordnung verursacht worden seien. Auch sei im Gegensatz zu der Behauptung des Einwohnervereins nicht festgestellt, daß die Vereine, welche die rothe Fahne herumtragen, dieselbe als ein Zeichen des Aufsturus betrachten. Und schließlich wird bemerkt, daß verfassungsmäßige Rechte der Bürger nicht willkürlich eingeschränkt werden können. Damit verzichte die Regierung freilich keineswegs darauf, nöthigenfalls, wenn das Herumtragen der rothen Fahne zu Konflikten führen sollte, geeignete Maßnahmen zu treffen. Sie lenne ihre Pflicht und ihr Recht, die Ordnung zumal in der Hauptstadt, am Sitze der Bundesbehörden und der Vertreter der fremden Staaten, aufrecht zu erhalten. Die Regierung erwarte indessen, daß die Arbeitervereine verständig und die Bevölkerung kaltblütig genug sein werden, um ihr die Ergreifung von Maßregeln zu ersparen, welche den Schein erwecken könnten, als ob die Bürger der Bundeshauptstadt nicht fähig wären, sich friedlich in den Sitten freier Länder zu bewegen. Was die „freie Schule“ des Herrn Dr. Wassiliew betreffe, so wäre ein Einschreiten nur möglich, wenn dieselbe unter das Gesetz über den Privatunterricht (1892) fallen würde. Aus den vorgenommenen administrativen Untersuchungen ergebe sich aber nicht genügend, ob dies der Fall sei. Das heißt, ob Unterricht an schulpflichtige Kinder ertheilt worden sei, in welchem Falle die gesetzlich vorgeschriebene Bewilligung hätte eingeholt werden müssen. Zum dritten Anliegen des Einwohnervereins endlich sagt der Regierungsrath, die Eingabe habe es unterlassen, bestimmte Thatsachen anzuführen, welche ein Einschreiten gegen „sozialistische Elemente“ veranlassen könnten. Für Meinungsäußerungen, selbst für solche, welche eine Aenderung bestehender Einrichtungen zum Zweck haben könnten, diene der Artikel 76 der Kantonsverfassung zum Schutz. Dieser Artikel gewährleiste „die Freiheit der Mittheilung der Gedanken durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung“ und untersagte ausdrücklich „die Falschheit oder eine andere vorgegriffene Maßnahme“. Uebrigens bilde ja gerade die Oeffentlichkeit das beste Mittel zur Bekämpfung der sozialistischen Lehre, soweit sie staatsgefährlich sein könnte. Eine gewaltthätige Unterdrückung würde dieselbe nur um so gefährlicher machen. „Unsere freien Institutionen“, schließt der Regierungsrath seine Antwort, „und die soliden Traditionen des Berner Volkes bilden die stärkste Schutzwehr gegen jene Theorien, auf deren Gefährlichkeit der Einwohnerverein uns aufmerksam machen zu sollen glaubte“. —

Aus einem wilden Lande. Der Stadtrath von Jmola (in der italienischen Provinz Bologna) hat ein-

stimmig beschlossen, den ersten Mai amtlich zu feiern, das Rathhaus, die Schulen und die Bureaus zu schließen und reiche Gaben an die Armen der Stadt zu vertheilen. Bittere, Wozang! —

England. Am 4. Mai soll die Einzelberathung der Somerville-Vorlage beginnen. Das Unterhaus hat sich deshalb in einen Ausschuß verwandelt. Als solcher darf es nur die ihm vom Hause als solchem zugewiesenen Gegenstände in Berathung ziehen; erscheint es wünschenswerth, daß auch andere Gegenstände erwohnen werden, so hat das Haus eine den Ausschuß dazu ermächtigende „Instruktion“ zu geben. Anträge in diesem Sinne sollen stets noch vor der Verwandelung des Hauses in einen Ausschuß, also nicht erst als Zusätze zu der Frage, „ob der Sprecher seinen Sitz verlassen soll“ gestellt werden. Auf diese Regel gründet sich, schreibt die „Bosische Zeitung“, der weitere Verschleppungsplan der Opposition. Schon liegt eine ganze Reihe von Instruktionsanträgen vor, deren Berathung so lange hinausgezogen werden soll, daß die tatsächliche Umwandlung des Hauses in einen Ausschuß erst nach Pfingsten erfolgen kann. Leider wird es der Regierungsmehrheit kaum möglich sein, diesen Plan zu vereiteln. Trotdem wird der Plan der Ulsterpatrioten im Unterhause scheitern. Im Oberhause freilich liegt die Sache anders. — Wie schimpflich die Kampfesweise der Ulsterpatrioten ist, geht unter anderem aus der von der „Kölnischen Volkszeitung“ gebrachten Nachricht hervor, daß die Firma Garland u. Wolff unter dem Druck des Mobs in Seidenhüten ihre 500 katholischen Arbeiter habe entlassen müssen. Die in der irischen Partei organisierten Katholiken — denn die Mehrheit der Iren sind römisch-katholisch — sind weit duldamer und anständiger, als dieser hochkirchlich-protestantische Geldackpöbel. War doch der langjährige Führer der katholischen Iren, Parnell, ein Protestant. —

Das Unterhaus genehmigte die zweite Lesung der Bill, betreffend die Eintragung der parlamentarischen Wähler in die Wählerlisten (Wahlregister-Gesetz) mit mehreren Amendements. —

Ein neues „Attentat“ auf Alexander III. soll anlässlich seiner Reise nach dem Süden bei Charkow versucht worden sein. Es ist mißglückt. Der „Bosischen Zeitung“ wird aus London despatcht: „Der „Standard“ (das Hauptorgan der Tories) erfährt aus Petersburg: Während der Reise des Zaren nach dem Süden versammelten sich unweit Charkow mehrere Tausend Bauern, um gegen gewisse örtliche Mißbräuche zu petitioniren, legten sich nieder auf die Schienen und weigerten sich, sich zu erheben, bis der kaiserliche Zug anlangte. Es entspann sich ein Kampf, der den Tod von 15 Soldaten zur Folge hatte. 42 Bauern wurden entweder durch die Kugeln der Soldaten getödtet oder vom kaiserlichen Zuge zermalmt. Nach der Darstellung des Charkower Amtsblattes wurde der kaiserliche Zug eines Morgens um 5 Uhr durch optische Signale und Abfeuern von Schüssen durch die längs der Geseise aufgestellten Soldaten zum Stillstand gebracht, da entdeckt worden war, daß eine Schiene aufgerissen worden war. Die Schiene wurde ausgebessert, in acht Minuten setzte der Zug die Reise ohne weitere Störung fort. Die angestellte Untersuchung ergab, daß der Unfall nicht der Fahrlässigkeit des Bahnpersonals zuzuschreiben ist.“ Danach hat höchst wahrscheinlich ein Bauern-Massaker stattgefunden, das „Attentat“ aber scheint ein Märchen zu sein, das die grauenvolle Mehelei beschönigen soll. Der Verfolgungswahn des Despoten zaubert ihm Attentäter vor Augen, wenn ein Hause hungernder Bauern sich zusammenrottet. Wenn ihn einmal das Verhängniß ereilte, so trägt der Zarismus, der erbarmungslos jede freiheitliche Bewegung unterdrückt und das Volk ansaugt, daran die Schuld. In der Kunst zu attentatern sind gerade die russischen Gewalthaber übrigens Meister. —

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Verathung eines Gesetzes, betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, hielt am Donnerstag ihre erste Sitzung und trat sogleich in die Spezialberathung ein. Abg. v. Hölleer beantragt, das Gesetz nur auf Bekämpfung der Cholera erstrecken zu lassen. Abgeordneter v. Pletten meint, daß das Gesetz für Bayern überflüssig sei, mindestens aber zu umfassend und zu rasch ausgearbeitet, was Staatssekretär v. Bötticher bestrittet. Geheimrath Dr. Koch weist darauf hin, daß für uns nicht nur die Cholera, sondern auch die Pest in Frage komme; seit unendlichen Zeiten herrscht sie in Mesopotamien, und ist immer schon bis nach Europa gekommen. 1870 war sie in Süd-Rußland und im Herbst vorigen Jahres an der Transkasp. Baha (Aklabad) im asiatischen Rußland. Von den 80 000 Einwohnern Aklabads sind vom 22. September v. J. innerhalb 6 Tagen über 1800 Menschen gestorben. Augenblicklich scheint die Pest sich am Mittelmeer auszubreiten. Ebenso ist der Flecktyphus nicht nur auf Preußen beschränkt, auch in Sachsen und Mecklenburg zeigte er sich. Augenblicklich herrscht er in Paris und kann von dort sehr leicht zu uns geschleppt werden. Mit den Borden sieht es bei uns sehr gut aus, seitdem gründlich geimpft wird. Doch kommen aus dem Ausland beständig ungenügend oder gar nicht geimpfte Personen, welche erkranken, da keine Epidemien immer wieder ausbrechen. Er weist auf die Schwierigkeiten hin, eine ausbrechende Seuche zu erkennen, besonders während der Inkubationszeit. Kein Mensch, kein Arzt kann dann sagen, welche Krankheit da vorliegt, und diese eben erst Erkrankten sind die Gefährlichsten für Verbreitung der Krankheit. Eben deswegen muß das Gesetz sich auch auf diejenigen ausdehnen, welche im Verdacht stehen, erkrankt zu sein. Ohne das Recht, die Kranken eventuell zwangsweise an die Krankenhäuser zu überweisen, lasse sich eine Seuche nicht bekämpfen. Regierungsrath Hopf weist nach, daß die Anzeigepflicht für Gelbfieber in das Gesetz kommen müsse, da mitunter Seeschiffe mit Gelbfieberkranken an Bord in deutsche Häfen einlaufen und eine Verschleppung immerhin möglich ist, zumal eine Sperrung der ausländischen Häfen gegen die deutschen dadurch hervorgerufen werden könnte. Abg. Schrader ist mit der Anzeigepflicht, wie sie der Gesetzesentwurf feststellt, einverstanden. Dr. Koch weist darauf hin, daß bereits im vorigen Jahre die Anzeigepflicht durch die Verwaltungsbehörden angeordnet war und ohne Schwierigkeiten durchgeführt wurde. Die Cholera ist keine Krankheit der wohlhabenden Bevölkerung, und wenn diese betroffen werde, könne sie sich in ihrer Wohnung isoliren. Meist handelt es sich um arme Leute, die in engeren Räumen zusammengekrängt sind, sobald sowohl die Angehörigen wie die Kranken meist froh sind, wenn

Unterkunft im Krankenhause geschafft wird. Die Abgg. Wurm und Mollenhuhr bringen den Antrag ein, die Anzeigepflicht auch auf Rückfallfieber, Group, Diphtherie und Scharlach auszudehnen. Abg. Dr. Birchow erklärt, daß er für diese Ausdehnung der Anzeigepflicht stimmen würde und dann wünschte, daß noch Unterleibtyphus, Puerperalfieber, Grippe, Masern hinzugenommen werden. Doch sei er, um nur überhaupt ein Gesetz zu Stande zu bringen, das nothwendig sei, um der Cholera entgegen zu treten, bereit, auf alle weitergehenden Bestimmungen zu verzichten. Er hält es für unzulässig, auch auf Verdachtsfälle die Maßnahmen des Gesetzes auszudehnen, da sonst der Willkür zu großer Spielraum gegeben sei. Er beantragt daher folgenden Zusatz zum § 1: „Als verdächtig gelten solche Fälle, in denen bestimmte Erscheinungen beobachtet worden sind, die als Vorläufer oder bezeichnendes Merkmal der Krankheit bekannt sind.“ Abg. Dr. Endemann tritt für den Entwurf ein. Abg. Wurm: Die Bedenken gegen den § 1 beruhen darauf, daß der Polizeibehörde so weitgehende Befugnisse gegeben werden. Nicht die Polizei, sondern eine Medizinalkommission wie in England muß die Ausführung des Gesetzes überwachen. Der Reichs-Gesundheitsrath (§ 40) muß zu einer solchen Medizinalkommission ausgedehnt werden, die in allen Orten Deutschlands vertreten ist. Der Gegensatz zwischen beamtetem und behandelndem Arzt wird zu Unzuträglichkeiten führen; die Verstaatlichung der Ärzte und vorläufig die Vermehrung der beamteten Ärzte ist dringend nothwendig. Abgeordneter von Unruh schildert, wie auch auf dem Lande die Arbeiter eng und zusammengekrängt wohnen, so daß bei ansteckenden Krankheiten Hölle der Kranken, Ueberführung ins Hospital nothwendig ist. Abg. Langerhans beantragt, daß nicht durch Beschluß des Bundesrats, sondern durch den Kanzler auf Antrag des Reichs-Gesundheitsrats die Bestimmungen des Gesetzes auch auf andere Krankheiten ausgedehnt werden. — Um 1 Uhr wird die Sitzung auf Freitag Vormittag vertagt.

Kommission Ahlwardt. Die Sitzung der Kommission über den Antrag Ahlwardt nahm einen Verlauf, der den Anklagen und Beschuldigungen des Genannten kein günstiges Resultat in Aussicht stellt. Das sogenannte Beweismaterial des Herrn stellte sich als äußerst dürftig heraus. Was die Hauptbeschuldigung wegen Mogeleit beim Invalidenfonds betrifft, so mußte Herr Ahlwardt auf wiederholtes Befragen ausdrücklich erklären, daß er sich bei seinen Anschuldigungen ausschließlich auf Broschüren von Riendorf und Rudolf Meyer stütze, ein besonderes Aktenmaterial stehe ihm hierfür nicht zur Verfügung. Auch die gegen den Abg. von Bennigsen erhobenen Beschuldigungen stütze er auf keine anderen Beweise. Auf die Frage, ob er außer gegen den Finanzminister Miquel und den Abg. von Bennigsen noch andere Personen, die im Reichstage gewesen seien oder sich noch darin befänden, auf Grund seines Materials anklage, antwortete er mit: Nein. Betreffs der rumänischen Bahnen überreichte er noch einiges Material, das er für besonders beweiskräftig bezeichnete, mußte aber durch die Kommission angehalten werden, einen Brief eines angeblich hochgestellten rumänischen Beamten, der ganz besonders kompromittirend für Herrn Miquel sein sollte, beizubringen, da er jetzt im Gegensatz zu früher behauptete, daß derselbe keine Bedeutung habe.

Schließlich überwies die Kommission die Broschüren von Riendorf und Rudolf Meyer dem Abg. Cunn, das übrige Aktenmaterial den Abgg. Porsch und Bebel zur Berichterstattung. Die beiden letztgenannten begaben sich sofort an die Arbeit, mußten dieselbe aber unterbrechen, weil Herr Ahlwardt, der ausdrücklich versprochen, bei Prüfung des Materials zugegen zu sein, sich nicht eingefunden hatte. Es hieß, er sei nach Friedrichshagen gereist, um sich Informationen zu holen. Stellt sich im Laufe des Tages noch Herr Ahlwardt, so dürfte schon morgen die Kommission zur Entscheidung zusammenkommen, da nach Ansicht der Referenten das übergebene Material nur eine sehr dürftige Ausbeute giebt.

Die Kommission besteht aus folgenden Abgeordneten: Kidermann, Graf v. Ballestrem, Vorsitzender, Bebel, Dr. v. Cunn, Diederich, Dr. Dohrn, Fund, Schriftführer, Dr. Gornitz, Dr. v. Jagdowski, Graf v. Kleist-Schmenzin, Dr. Lieber, Lucius, Freiherr v. Mantuffel, Marbe, Dr. v. Marquardsen, Stellvertreter des Vorsitzenden, Dr. Pachtke, Biedenbach, Dr. Porsch, Schriftführer, Graf von Preysing (Straubing), Stöcker, Wilsch.

Briefkasten der Redaktion.

An Verschiedene. Infolge meiner dreiwöchentlichen Abwesenheit ist mancherlei unerledigt geblieben, da nicht jeder Brief mir nachgeschickt werden konnte. In den nächsten Tagen wird alles besorgt werden. W. Dieblnecht.

Cuno in J. 1. Selbstverständlich darf ein dem Urlaubenstande Angehöriger während der Zeit, in der er nicht eingezogen ist, sozialdemokratische Versammlungen jeder Art einberufen. Macht er sich durch den Inhalt seiner Rede strafbar, so unterliegt seine Handlung — nicht die Einberufung, sondern der Inhalt der Rede — der Beurtheilung der Zivilgerichte. Militärgerichte, welche ein entgegen gesetztes Verfahren einschlagen sollten, würden den Gesetzen ins Gesicht schlagen.

D. G. Vankow. Wir haben keinen Anlaß, Sie auf den Index zu setzen. Wir sind aber auch nicht in der Lage, uns wegen jeder geringfügigen Einwendung mit dem Einberufen in Erörterungen einzulassen, warum dieselbe nicht bemutet ist.

W. D. Frankf. Alee. Für den Vorgang haben Sie keine Zeugen und keinen anderen Beweis als die Erzählung des Mädchens.

J. M. Die nachträgliche Erörterung der Beschlüsse einer Versammlung, welche, wie in Ihrem Fall, zur Genüge öffentlich bekannt gemacht war, müssen wir ablehnen. Gleich den anderen Mitgliedern war es auch Ihnen doch unbenommen, Ihre Bedenken zur rechten Zeit anzubringen.

H. S. Schlagen Sie in der Expedition des „Vorm.“ selbst nach. Wir haben dazu keine Zeit.

H. S., Labardarbeiter, Rheinbergerstraße. Sie verstehen nicht zu lesen oder wollen es nicht verstehen. Wir stehen heute auf demselben Standpunkte wie früher. Der Hinweis auf auswärtige Amnestien soll eben klar legen, daß in anderen Ländern das Regiment der Klassenherrschaft noch den Schein einer Verschönerung mit dem Volke erregen möchte. Wir sehnen uns nicht nach diesem Scheine. Uns aber gall es der deutschen Bourgeoisie zu zeigen, wie tief sie von den Ueberlieferungen des alten Liberalismus herabgefallen ist. Den unverschämten Lohn, in welchem Sie von „wünseln“ schreiben, sehen wir Ihnen nach, und schreiben ihn dem defekten Begriffsvermögen zu.

M. S. 100. Juridicalverlangen kann man allerdings Geschenke, die innerhalb 6 Monaten von Zustellung der Klage ab hingegeben sind. Dennoch erscheint es uns in Ihrem Falle zweifelhaft, ob die Klage erfolgreich sein wird.

E. T. 171. Auch wenn der Verkäufer verheirathet ist, muß er Alimente zahlen. 2. Wenden Sie sich an die Anstalt in der Ziegelstraße oder an die in der Dorotienstraße bei der Universitätsstraße.

H. L., Weihenburgerstraße. 1. Zur Reise nach Amerika gebrauchen Sie zum mindesten etwa 150 M. 2. Zur Legitimation sind bestimmte Papiere nicht vorgeschrieben. Sie thun gut, nicht ohne Geburtschein und Militärpapiere zu reisen. Ferner bedürfen Sie Genehmigung des Bezirkskommandos. 3. Die amerikanischen Behörden verlangen schon jetzt in allgemeinen, daß der Unkommende entweder nachweist, daß er unterhaltungs-fähig und unterhaltungsbedürftig Verwandte dort hat oder daß er im Besitze von Baarmitteln (etwa 200 M.) sich befindet. Jedenfalls muß aber der Arbeiter unterlassen darzulegen, daß er Arbeitsgelegenheit habe, weil die Behörden dann die Landung hindern dürfen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 28. April.
Opernhaus. Bajazet. — Die Rebe.
Neues Theater. Vasantasena.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. Graf Waldemar.
Festung-Theater. Brave Leute vom Grund.
Wallner-Theater. Die Orientreise.
Kroll's Theater. Mala Vita.
Reichens-Theater. Jugend.
Adolph Ernst-Theater. Goldlotte.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Mam'zelle Ritouche.
Cherins-Theater. Gute Zeugnisse.
 Darauf: Wenn man im Dunkeln lügt.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
National-Theater. Don Carlos.
Alexanderplatz-Theater. Zimmermann's Pene.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 27. Male:
Goldlotte.
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt.
 Couplets theilweise v. O. Görss.
 Musik von G. Stoffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Der Sommer-Garten ist geöffnet.

American-Theater.
 Drosdenerstrasse 55.
Letzte Woche.
Der Dussel
 (Nulpus)
 Parodie von Oscar Wagner.
 in seinen Glanznummern.
Bendix
 Robert Dellor, Instrumentalist.
Alfred Bender
 in seinen neuesten Couplets.
 NB. Montag, den 1. Mai: Letzte und Wiederholung der Jubiläumsvorstellung des urkomischen Bendix zum Benefiz für Direktor Louis Heinsdorf.

Passage-Panopticum.
 Im Theater-Saal:
Neu!
 Lebende Bilder.

Castan's Panopticum.
 Große Ausstellung.
Akka - Zwerginnen.
 Neue Illusion: Lotusblume.
 Andere Illusionen.
Fantoch-Theater.
 Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.

Kaufmann's Variété
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
 Neu! Die lustige Neu!
Schwiegermutter.
 Komische Pantomime mit Ballet in 1 Akt.
 Ausgeführt v. d. Pantomimen-Gesellschaft **Diovanio**, sowie Auftreten von
12
 1. Berlin neuen Spezialitäten.
 Anfang: Wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Neue freie Volksbühne.
 Sonntag, 14. Mai, 1. Abtheilung:
 „Der Hühner“. Von Dr. Fr. Lange.
 Täglich Jungbier-Verkauf & Litter
 10 Pf. **Rolden**, Mägdeleimer-
 straße 3. 40952

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Freitag, den 28. April,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Letzte Komiker-Vorstellung.
 Aus dem Programm besonders hervorzuhelien: **Mr. James Phillis** mit d. Schulpf. Markir. **Jou de la rose**, geritten von den Damen **Clotilde Hager** und **Miss Edith**. **Ellmar**, der Strichspringer, vorgeführt von **Fräulein Oceana Renz**. Auftreten der **Klorens Hermann**, **Oscar** und **Lavater Lee**, **Charlot etc.**, **Cavalleris zu Fuss**.
 Zum Schluss:
Die lustigen Heidelberger.
 Große Kunststüchungs-Pantomime. **Neue Ausstattung.**
 Morgen, Sonnabend: **Gala-Vorstellung zum Benefiz für Mr. James Phillis.**
 Sonntag: Zwei große Vorstellungen, um 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei) und um 7 1/2 Uhr.
 Abschiedsvorstellung am 2. Mai. **Billet-Vorverkauf** an der Zirkuskasse u. beim „Zwischenhandl“, **Marzgrafenstraße 51a.**
Fr. Renz, Direktor.

Etablissement Buggenhagen.
 Täglich: **Instrumental-Konzert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von **Vahenhofer Lagerbier**, hell und dunkel.
 An **Sonn- und Festtagen** findet das **Konzert** in den **oberen Sälen** statt.
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
 Säle für **Veranstaltungen**, **Kommerse**, **Besprechungen** etc.

Rheinländischer Tunnel
 genannt: **Die fidele Jagelkiste.**
 Berlin N., **Elsasserstrasse 73.**
 Neu! Neu!
Die Möbel-Polnaise!
 oder: 4070L*
Weber hat'n Reber, an de Junge, an de Junge, an de Feber!
 Vorträge der berühmten **Gesangsvereine „Halbe Lunge“** und **„Keuchhusten“.**
 Vorzügliches **Lagerbier** der **„Schöneberger Schloßbrauerei“**
à Seidel 10 Pfennige.
H. Schultze (mit'n G.)
 (Notiz: Mang uns mang is keener nich mang, der nich mang uns mang jehört.)

Empfehle in meinem **Restaurant** neu eingerichteten **Bereinszimmer.**
 für **Klubs etc.**
 große und kleine **Schultheiß-Bier à Glas 10 Pf.**
 Gute **Weiße 20 Pf.** 4012L*
Gerichtstr. 2, an der Grenzstraße.
 Zur **Baumblüthe** und **Freikonzert** Sonntag, 30. April, ladet ergebenst ein **Otto Walthers**, **Schwedterstr. 44.**
 2 **Regelbahnen** und **Bereinszimmer** einige Tage frei. 36095b
 Die **Beleidigung** gegen **Frau Koppe** nehme ich zurück und erkläre sie für eine **ehrliche Frau.** **L. Uhlisch.** 41012

Maler, Lackirer, Anstreicher.
Versammlung der Filiale 3 (Dst)
 am **Dienstag, den 2. Mai, Abends 8 1/2 Uhr,** bei **Henke**, **Blumenstraße 38.**
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des **Dr. Gebert.** 2. Diskussion. 3. **Filialangelegenheiten.**
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.
Der Vorstand. 3604b

Furhaus Friedenau.
 Sonntag, 30. April:
Grosse Maifeier
 bestehend in **Garten-Konzert** mit nachfolgendem **Tanzkränzchen**, unter **gefälliger Mitwirkung** mehrerer **Gesangsvereine** des **Arbeiter-Sängerbundes** für **Berlin** und **Umgegend.**
 Anfang **Nachm. 4 Uhr.** Entree mit **Programm 20 Pf.**
 Herren, welche am **Tanz** theilnehmen, zahlen **40 Pf. nach.**
Das Komitee.
 Montag, 1. Mai, Abends 8 Uhr, im **Furhaus:**
Oeffentl. Volksversammlung.
 Tagesordnung: 1. Der 1. Mai und seine Bedeutung für das **Proletariat.**
 2. Diskussion.
Der Einberufer.

Reinickendorf. 386/19
 Sonntag, den 30. April, in **Böttcher's Seeschlösschen:**
Gr. Volksfest mit daran **schließender Maifeier.**
Großes Vokal- und Instrumental-Konzert unter **Mitwirkung** der **Gesangsvereine „Weisse Rose“**, **„Vergissmelnicht“**, **„Junge Eiche“**, **„Immergrün“**, des **Solosängers Herrn Albert Richter** und der **Quettisten Gebrüder Kunzmann.** **Aufführung lebender Bilder.**
Festrede gehalten vom **Genossen Otto Knauf.**
Grosses Kasperle-Theater. im Saale: **Grosser Ball.**
 Anfang 3 Uhr. Entree 20 Pf. **Das Komitee.**

Verband der Sattler und Tapezierer.
Versammlung mit Frauen
 am **Sonabend, den 29. April 1893, Abends 8 1/2 Uhr,** bei **Wiener**, **Alte Jakobstr. 88.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des **Genossen J. Türk:** Der Kampf gegen das Verbrechen.
 2. Diskussion. 3. **Verschiedenes.** 261/17
 Zahlreiches Erscheinen der **Kollegen** ist Pflicht.
Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. **Druck und Verlag von Max Vading** in Berlin, SW, Deuthstraße 2. **Pierzu zwei Beilagen.**

Todes-Anzeige.
 Den **Mitgliedern** des 823/8
Vereins z. Regel. d. gewerbl. Verhältnisse der Töpfer
 Berlins und Umgegend
 zur **Nachricht**, daß unser **langjähriges Vereinsmitglied**, der **Kollege Ernst Grädler**
 nach **1 1/2-jährigem Krankenlager** am **24. d. M.** verstorben ist. Die **Beerdi-gung** findet heute, am **Freitag, den 28. d. M., Nachmittags 4 Uhr,** von der **Leichenhalle** des **Kirchhofs** in **Wilhelmsberg** statt. Um **zahlreiche** **Betheiligung** **bittet**
Der Vorstand.

Berein Berliner Hausdiener.
 Am **Dienstag, den 25. April** cr., verstarb unser **treues, langjähriges Mitglied Georg Grätzner** im **Alter** von **83 Jahren** an **Lungen-tatarrh.** 3606b
 Die **Beerdi-gung** findet am **Freitag, den 28. d. M., Nachmittags 3 Uhr,** vom **Trauerhause, Mittelstr. 45,** nach dem **Dorotheenstädtischen Kirchhof, Tiefen-strasse**, statt; der **Sammelplah** für **Vereinsmitglieder** ist **2 1/2 Uhr** **Mittel-strasse 48** bei **Göring.**
Der Vorstand.

Allen **Freunden** und **Bekanntem** zur **Nachricht**, daß meine **Frau** nach **langen** **Leiden** am **Mittwoch, den 26. April,** verstorben ist.
 Die **Beerdi-gung** findet am **Sonntag, Mittags 12 Uhr,** von der **Leichenhalle** des **Parochial-Kirchhofs, Bockhagener Weg,** aus statt.
August Rothert, Schankwirth,
 3611b **Rüdersdorferstr. 2.**

Dauflagung.
 Für die **herlichen Beweise** liebevoller **Theilnahme**, sowie die **überaus zahl-reichen** **Kranzspenden** bei der **Beerdi-gung** meines **unvergesslichen Mannes**, des **Zigarrenfabrikanten**
Gustav Friese
 sage ich **allen** **Verwandten**, **Freunden** und **Bekanntem**, sowie dem **Prediger** **Herrn Dr. Bittborn** für die **tröstlichen** **Worte** am **Sarge** meinen **tiefgefühlten** **Dank.** 3614b
 Die **trauernde Wittwe.**
Ida Friese, Straußbergerstr. 35.
 Gleichzeitig mache ich **bekannt**, daß ich **das** **von** **meinem** **Manne** **so** **viele** **Jahre** **geführte** **Geschäft** in **unver-änderter** **Weise** **fortsetze** und **bitte**, **das** **meinem** **Manne** **geschenkte** **Vertrauen** auch **auf** **mich** **übertragen** **zu** **wohlen.**

Gesangverein Concordia
 (M. d. U. S. B.)
 Dirigent **Herr Lindemann.**
 Am **Sonntag, den 30. April d. J.:**
1. Stiftungsfest
 in **Hoffmann's Zentral-Festsälen,** **Oranienstraße 180.**
 Um **geneigten** **Zuspruch** **bittet**
35995b
Der Vorstand.
 Die **Hamburger Genossenschafts-Zigarren** werden von **jezt** ab bei **einstufiger** **Bestellung** im **4.** und **5. Wahlkreis** von **8 Stück** an **auf-wärts** **franko** **ins** **Haus** **gesandt**, in **allen** **übrigen** **Wahlkreisen** **nur** **bei** **größeren** **Aufträgen.** **L. Wolf, Eibingerstr. 14,** v. 1 Tr., 4. Ausgang. 35985b

1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Montag, den 1. Mai 1893:
Große Maifeier
 im **Feenpalast, Burg- und St. Wolfgangstraße,**
 bestehend in
Vokal- und Instrumental-Konzert
 unter **Mitwirkung** der **Gesangsvereine „Senfelder“, „Steinmeh“, „Gemüthlichkeit“** und **„Berliner Sängerbund“** (M. d. Arb.-Sängerb.)
 Um **9 Uhr:** **Festrede** des **Genossen Alwin Gerisch.**
 Um **10 Uhr:** **Ein** **kürmische** **Reichstags-sitzung** im **Zukunft-s-taats.** **Dramatische** **Szene** **frei** **nach** **Eugen Richter.** **Von** **O. M. Schvola.**
 Anfang **5 Uhr.** **Billet 30 Pf.** **Tanz 30 Pf.**
 Jeder **Theilnehmer** erhält beim **Eintritt** die **Maifest-Zeitung gratis.**

3. Wahlkreis.
Hafenhaide. Neue Welt. Hafenhaide.
 Montag, den 1. Mai 1893: 347/7
Grosse Maifeier
 für den **3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**
Vokal- und Instrumental-Konzert
 unter **Mitwirkung** mehrerer **Gesangsvereine.**
Auftreten **verschiedener** **Spezialitäten.** — **Gr. Feuerwerk.**
 Um **8 1/2 Uhr:**
Festrede, gehalten vom **Reichstagsabgeordn. Bebel.**
 Anfang des **Konzerts** **4 Uhr.** **Billet 30 Pf.**
 Beim **Eintritt** erhalten alle mit **Billet** versehenen **Personen** die **Maifest-Zeitung gratis.** **Billet** sind bei folgenden **Komiteemitgliedern** zu **haben:**
Börner, Ritterstr. 108; Tschornick, Fürststr. 17; Georgi, Simeonstr. 22, 4 Tr.; Gernsey, Simeonstr. 63, 5. 4 Tr.; Kricker, Alexandrinenstr. 41, 5. 1 Tr.; König, Simeonstr. 44; Hoffmann, Alte Jakobstr. 89; Karraus, Rantouffstr. 115; Schölzel, Mariannenplatz 5; Wartenberg, Elisabeth-Ufer 18, sowie bei dem **Vertrauensmann Fritz, Fürststr. 11, 4 Tr. und in **allen** mit **Plakaten** **belegten** **Handlungen.**
 Herren, welche am **Tanz** **theilnehmen**, zahlen **30 Pf. nach.**
 Zu **zahlreichem** **Besuch** **ladet** **ein**
Das Comité.**

6. Wahlkreis.
 Die **Maifeier** für den **6. Wahlkreis** fängt an am **1. Mai, Vormittags 10 Uhr,** im **Eiskeller, Chaussee-strasse 88,** bestehend im **Vortrag** des **Genossen**
Wilhelm Liebknecht.
 Nachmittags findet die **Feier** in **folgenden** **Vokalen** statt: **Arend's Brauerei** (Moabit), **Eiskeller** und **Nord-deutsche Brauerei** (Wedding), **Weimann's Volksgarten** (Gesundbrunnen), **Bötzow's Brauerei** (Prenzlauer Thor).
Billets à 20 Pf. sind in **allen** mit **Plakaten** **belegten** **Handlungen** und **bei** **den** **Vertrauenspersonen** zu **haben.** 353/7

Achtung! Zimmerleute. Achtung!
Große öffentliche Versammlung
 der **Zimmerer** Berlins und Umgegend
 am **Sonntag, 30. April, Vorm. 10 Uhr,**
 in **Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.**
 Tages-Ordnung:
 1. **Stellungnahme** zur **Gewerkschaftskommission** (früher **Streik-Kontroll-Kommission**) event. **Wahl** eines **Delegirten.**
 2. **Abrechnung** vom **1. Quartal 1893.**
 3. **Wie** **regeln** **wir** **unsere** **Lohnverhältnisse?**
 4. **Verschiedenes.** 363/3
 Um **pünktliches** und **zahlreiches** **Erscheinen** **ersuchen**
Die Vertrauensmänner.

Achtung! Töpfer. Achtung!
 Montag, 1. Mai, Vorm. 10 Uhr, bei **Herrn Kuhlmei,**
 Schönhauser Allee:
Oeffentliche Versammlung
 der **Töpfer** Berlins und Umg. mit **Frauen.**
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des **Genossen G. Kessler,** über: **Die Bedeutung** **des** **1. Mai.**
 Um **zahlreichen** **Besuch** **bittet**
Der Vertrauensmann. 326/9

1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Montag, den 1. Mai 1893:
Große Maifeier
 im **Feenpalast, Burg- und St. Wolfgangstraße,**
 bestehend in
Vokal- und Instrumental-Konzert
 unter **Mitwirkung** der **Gesangsvereine „Senfelder“, „Steinmeh“, „Gemüthlichkeit“** und **„Berliner Sängerbund“** (M. d. Arb.-Sängerb.)
 Um **9 Uhr:** **Festrede** des **Genossen Alwin Gerisch.**
 Um **10 Uhr:** **Ein** **kürmische** **Reichstags-sitzung** im **Zukunft-s-taats.** **Dramatische** **Szene** **frei** **nach** **Eugen Richter.** **Von** **O. M. Schvola.**
 Anfang **5 Uhr.** **Billet 30 Pf.** **Tanz 30 Pf.**
 Jeder **Theilnehmer** erhält beim **Eintritt** die **Maifest-Zeitung gratis.**

3. Wahlkreis.
Hafenhaide. Neue Welt. Hafenhaide.
 Montag, den 1. Mai 1893: 347/7
Grosse Maifeier
 für den **3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**
Vokal- und Instrumental-Konzert
 unter **Mitwirkung** mehrerer **Gesangsvereine.**
Auftreten **verschiedener** **Spezialitäten.** — **Gr. Feuerwerk.**
 Um **8 1/2 Uhr:**
Festrede, gehalten vom **Reichstagsabgeordn. Bebel.**
 Anfang des **Konzerts** **4 Uhr.** **Billet 30 Pf.**
 Beim **Eintritt** erhalten alle mit **Billet** versehenen **Personen** die **Maifest-Zeitung gratis.** **Billet** sind bei folgenden **Komiteemitgliedern** zu **haben:**
Börner, Ritterstr. 108; Tschornick, Fürststr. 17; Georgi, Simeonstr. 22, 4 Tr.; Gernsey, Simeonstr. 63, 5. 4 Tr.; Kricker, Alexandrinenstr. 41, 5. 1 Tr.; König, Simeonstr. 44; Hoffmann, Alte Jakobstr. 89; Karraus, Rantouffstr. 115; Schölzel, Mariannenplatz 5; Wartenberg, Elisabeth-Ufer 18, sowie bei dem **Vertrauensmann Fritz, Fürststr. 11, 4 Tr. und in **allen** mit **Plakaten** **belegten** **Handlungen.**
 Herren, welche am **Tanz** **theilnehmen**, zahlen **30 Pf. nach.**
 Zu **zahlreichem** **Besuch** **ladet** **ein**
Das Comité.**

6. Wahlkreis.
 Die **Maifeier** für den **6. Wahlkreis** fängt an am **1. Mai, Vormittags 10 Uhr,** im **Eiskeller, Chaussee-strasse 88,** bestehend im **Vortrag** des **Genossen**
Wilhelm Liebknecht.
 Nachmittags findet die **Feier** in **folgenden** **Vokalen** statt: **Arend's Brauerei** (Moabit), **Eiskeller** und **Nord-deutsche Brauerei** (Wedding), **Weimann's Volksgarten** (Gesundbrunnen), **Bötzow's Brauerei** (Prenzlauer Thor).
Billets à 20 Pf. sind in **allen** mit **Plakaten** **belegten** **Handlungen** und **bei** **den** **Vertrauenspersonen** zu **haben.** 353/7

Achtung! Zimmerleute. Achtung!
Große öffentliche Versammlung
 der **Zimmerer** Berlins und Umgegend
 am **Sonntag, 30. April, Vorm. 10 Uhr,**
 in **Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.**
 Tages-Ordnung:
 1. **Stellungnahme** zur **Gewerkschaftskommission** (früher **Streik-Kontroll-Kommission**) event. **Wahl** eines **Delegirten.**
 2. **Abrechnung** vom **1. Quartal 1893.**
 3. **Wie** **regeln** **wir** **unsere** **Lohnverhältnisse?**
 4. **Verschiedenes.** 363/3
 Um **pünktliches** und **zahlreiches** **Erscheinen** **ersuchen**
Die Vertrauensmänner.

Achtung! Töpfer. Achtung!
 Montag, 1. Mai, Vorm. 10 Uhr, bei **Herrn Kuhlmei,**
 Schönhauser Allee:
Oeffentliche Versammlung
 der **Töpfer** Berlins und Umg. mit **Frauen.**
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des **Genossen G. Kessler,** über: **Die Bedeutung** **des** **1. Mai.**
 Um **zahlreichen** **Besuch** **bittet**
Der Vertrauensmann. 326/9

Dachdecker Berlins und Umgegend.
 Montag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr, bei **Herrn Feind,**
 Weinstr. 11:
Große öffentliche Versammlung mit Frauen.
 Tagesordnung:
 Die **Bedeutung** **des** **1. Mai.** Vortrag gehalten vom **Koll. B. Rackwih.**
 Nach der **Versammlung:** **Gemüthliches** **Beisammensein** **mit** **Tanz.**
 Um **recht** **zahlreiches** **Erscheinen** **ersucht** 359/3
Der Einberufer. **Paul Gols,** **Dachdecker,** **Weberstr. 25.**

Verein zur Regelung der gewerbl. Verhältnisse der Töpfer
 Berlins und Umgegend.
 Montag, den 1. Mai, von **Nachmittags 2 Uhr** ab:
Geselliges Beisammensein.
 Für **Unterhaltung** der **Bedeutung** **des** **Tages** **angemessen** **ist** **geforjt.**
 Um **zahlreichen** **Besuch** **bittet**
Der Vorstand. 324/7

Verband der Sattler und Tapezierer.
Versammlung mit Frauen
 am **Sonabend, den 29. April 1893, Abends 8 1/2 Uhr,** bei **Wiener**, **Alte Jakobstr. 88.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des **Genossen J. Türk:** Der Kampf gegen das Verbrechen.
 2. Diskussion. 3. **Verschiedenes.** 261/17
 Zahlreiches Erscheinen der **Kollegen** ist **Pflicht.**
Der Vorstand.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 99.

Freitag, den 28. April 1893.

10. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

84. Sitzung vom 27. April 1893, 2 Uhr.

Am Bundesrathliche: v. Bötticher, v. Kallenberg, Hanauer und Kommissarien.

Nachdem zum Mitgliede der Reichsschulden-Kommission an Stelle des aus dem Reichstage geschiedenen Abg. v. Busse der Abg. Hahn gewählt worden, wird der Gesetzentwurf betr. die Geltung des Gerichtsverfassungsgesetzes in Helgoland unverändert in dritter Berathung genehmigt und darauf die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betr. den Verrath militärischer Geheimnisse begonnen.

Es liegt ein Antrag des Abg. Schneider-Hamm (nll.) vor, die Fassung der Regierungsvorlage zum Theil wiederherzustellen: Wer vorsätzlich Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, oder Nachrichten solcher Art in den Besitz oder zur Kenntniss eines anderen gelangen lässt, wird, wenn er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß dadurch die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet wird, mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 15 000 M. erkannt werden kann.

Die Worte „oder Nachrichten solcher Art“ und „oder den Umständen nach annehmen muß“ sind in der zweiten Lesung auf Antrag des Abg. Gröber (Z.) gestrichen; die letzteren Worte sollen nach dem Antrag Schneider gestrichen bleiben.

Abg. v. Bar (Str.) giebt zunächst eine Uebersicht über den Inhalt des Gesetzes und führt aus, daß das Gesetz an allen großen Unbestimmtheiten leide. Die Freisinnigen hätten sich bemüht, darin eine Besserung herbeizuführen; aber es sei nicht gelungen und lohne sich auch nicht mehr, einen Versuch zu machen. Die Freisinnigen würden deshalb gegen den Gesetzentwurf stimmen.

Abg. Schneider-Hamm (nall.) führt aus, daß er die Wiederherstellung der Vorlage beantragt habe, weil das Strafgesetzbuch gerade nach dieser Richtung hin eine Ergänzung bedürfe. Namentlich sei nicht einzusehen, weshalb die Uebersetzung von Nachrichten strafrei sein soll. Wenn z. B. ein Staatsdiener ein Telegramm, das beim Kriegsministerium eingegangen ist, ausliefert, so wird er wegen Uebergabe einer Schrift bestraft; giebt er aber nur den Inhalt des Telegramms einem andern zur Kenntniss, so müßte er strafrei bleiben. In dieser Rücksicht müssen die besonderen militärischen Interessen nachdrücklich gewahrt werden. Wenn man befürchte, daß sehr leicht Untersuchungen eingeleitet werden können, die nachher sich als unbegründet herausstellen, so sei das nicht so unbedenklich. Auch bei anderen Vergehen kommen leicht Untersuchungen vor, die nachher erfolglos sind, so z. B. sind höchstens 5 pCt. aller Untersuchungen wegen Weineid erfolgreich. Aber diese Gefahr müsse mit in Kauf genommen werden, wenn es gelte, so wichtige militärische Interessen zu schützen.

Abg. Gröber (Z.): Ein Bedürfnis für die Vorlage erkenne ich auch an, aber nicht in dem Umfange, wie die verbündeten Regierungen. Es ist nicht nur die Auslieferung von Schriften, Zeichnungen und ähnlichen Gegenständen strafbar, sondern auch das zur Kenntnissbringen derselben. Wenn dazu auch noch die Nachrichten kommen, so können damit nur ganz allgemeine Nachrichten gemeint sein, die sich nicht auf Zeichnungen, Schriften u. s. w. stützen. Die Mittheilungen solcher Nachrichten strafbar zu machen, ist aber sehr bedenklich. Soweit es sich um den Kriegsfall handelt, ist die Vermittlung von Nachrichten an den Feind sogar mit dem Tode zu bestrafen. In dieser Beziehung braucht keine weitere Fürsorge getroffen zu werden. Für den Friedenszustand sind weitere Ausnahmsbestimmungen aber nicht notwendig.

Damit schließt die Generaldiskussion. Zu § 1 liegt der oben mitgetheilte Antrag Schneider-Hamm vor.

Kriegsminister von Kallenberg bittet den Antrag Schneider anzunehmen, weil sonst eine Menge Verhältnisse des Landesvertrathes überhaupt nicht mehr getroffen würden. Wenn die Worte „oder Nachrichten“ gestrichen werden, so ist damit den Agenten anderer Gegner vollständig Thor und Thür geöffnet; sie können die Sammelplätze der Kavallerie-Divisionen auskundschaften, die festen Wege, auf denen der Gegner sein schweres Geschütz gegen eine Festung heranzuführen kann, wo er seine Feldbahnen u. s. w. anlegen könnte; es könnten ferner alle Verhältnisse unserer Eisenbahn auskundschaftet werden. Das kann alles geschehen ohne Zeichnung. Gerade solche Dinge müssen unter Strafe gestellt werden. Ich möchte dringend bitten, daß die Herren den Antrag annehmen, wenn sie Werth darauf legen, daß das Gesetz auch Annahme findet bei den verbündeten Regierungen. (Weiterkeit.)

Abg. v. Bar (Str.) weist darauf hin, daß das Gesetz kein temporäres, sondern ein auf die Dauer berechnetes. Würde es nur ein temporäres Gesetz sein, dann könnte man sich eher mit der Regierungsvorlage befremden. Die Beispiele, die der Kriegsminister angeführt hat, sprechen nicht für die Vorlage; denn die Verschaffenheit der Wege u. s. w. sind bekannt aus zahlreich verbreiteten Karten. Die Sammelplätze für die Kavallerie-Regimenter im Falle eines Krieges sind allerdings geheim zu halten; aber eine Gefahr liegt doch nur im Falle eines Krieges vor. Solches Gesetz kann also nur zur Verunruhigung der Bevölkerung dienen.

Kriegsminister v. Kallenberg: Wenn die Agenten bestraft werden sollen, welche den Feinden Nachrichten zutragen, so kann darin durchaus keine Verunruhigung für die Bevölkerung liegen. Zwischen der Zeit des Krieges und des Friedens liegt eine Zeit der größten Gefahr und gerade während dieser Zeit brauchen wir ein scharfes Gesetz. Ich habe nicht von Kavallerie-Regimenten, sondern von Kavallerie-Divisionen gesprochen, also Truppenkörpern, welche den Auftrag haben, beim Beginn des Krieges sofort eine Aufklärung zu schaffen und den eigenen Aufmarsch zu sichern. Der Feind läßt es sich eine große Menge Geld kosten, um die Sammelplätze der Kavallerie-Divisionen kennen zu lernen. Deshalb bitte ich nochmals dringend, den Antrag Schneider anzunehmen.

Abg. von Marquardsen (nall.) bedauert, daß der Antrag Gröber in der zweiten Lesung angenommen sei, trotzdem Herr Gröber nicht einmal Mitglied der Kommission gewesen sei; es sei auch zu bedauern, daß der Kriegsminister nicht schon früher mit einigen technischen militärischen Beispielen aufgetreten sei.

Geh. Regierungsrath von Seldendorf schließt sich den Ausführungen des Kriegsministers und des Abg. Schneider an und verweist auf seine früheren Bemerkungen bei der zweiten Lesung; dem Abg. Gröber gegenüber bemerkt er, daß jemand, der z. B. von einem neuen Gewehr nicht ein Modell oder eine Zeichnung entwerft, sondern bloß eine mündliche Beschreibung liefert, nicht nach § 1 bestraft werden kann, denn das sei nur eine Nachricht. Man könnte also die schwersten Landesverrathereien gar nicht treffen.

Abg. Hahn (N.) tritt für den Antrag Schneider ein; man könne zu den Gerichten das Vertrauen haben, daß sie das Gesetz richtig auslegen und nicht in solcher Weise anwenden, daß davon Anschuldige getroffen werden.

Abg. Gröber (Z.): Nach den Beispielen, die hier angeführt sind, giebt es bald keine Thatfachen mehr, die nicht als militärisches Geheimnis betrachtet werden können. Die Verschaffenheit der Straßen, die Bezeichnung von Sammelplätzen und ähnlichen Dingen, die ziemlich allgemein bekannt sind, soll nicht zur Kenntniss gebracht werden! Die Personen, welche hier leicht verdächtig werden können, riskiren eine langwierige Untersuchung und eine schwere Strafe. Das ist eine so bedeutende Erweiterung des Strafrechts, daß man sie nicht ohne die schwersten Bedenken genehmigen könnte. Deshalb bitte ich Sie, es bei den Beschläffen der zweiten Lesung bewenden zu lassen.

Abg. Freigen-Robley (Z.) erklärt sich für den Antrag Schneider; erstlich muß nachgewiesen werden, daß die Geheimhaltung der betreffenden Schriften u. s. w. im Interesse der Landesverteidigung notwendig ist, ferner muß dem Beschuldigten auch nachgewiesen werden, daß er gewußt hat, daß er durch seine That die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet hat.

Nachdem nochmals Abg. v. Bar gegen den Paragraphen gesprochen, wird die Debatte geschlossen. In namentlicher Abstimmung wird darauf der Antrag des Abg. Schneider-Hamm mit 131 gegen 97 Stimmen abgelehnt. Für denselben stimmen geschloffen die Nationalliberalen, die Deutschkonservativen und die Reichspartei, ferner von dem Centrum die Abgg. Prinz Krenberg, Graf Ballestrem, Graf Nachen, Graf Chamars, v. Dalwigk, Graf Droste, Freigen-Robley, Freigen-Düfeldorf, Graf Salen, v. Glöckner, Greiß, v. Heereman, Graf Hompesch, v. Huens, Graf Los, Mooren, v. Reigenstein, Minteln, Rudolph, v. Schalka, Sperlich und v. Wendt. Gegen den Antrag stimmen die Sozialdemokraten, die Freisinnigen, die Polen, die Mehrheit desentrums und der Prinz Schönau-Carolath.

§ 1 wird unverändert nach den Beschläffen der zweiten Lesung genehmigt, ebenso ohne weitere Debatte die übrigen Paragraphen der Vorlage.

Darauf wird die ganze Vorlage gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betr. Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antisemit) wendet sich gegen die früheren Ausführungen des Abg. Stadthagen; er sei bei den Beratungen anwesend gewesen, habe aber nicht gesprochen, weil im Kommissionsbericht alles enthalten sei, was er hätte sagen können. Im Lande hätten die Antisemiten recht kräftig dahin gewirkt, daß das Wuchergesetz verlangt wird. Herr Stadthagen wundert sich darüber, daß Juden und Wucher immer zusammen genannt werden. Ist er denn so fremd in Israel, daß er nicht weiß, daß die Juden auf dem Lande, namentlich auch beim Viehwucher besonders betheilig sind? Kennt er die Kriminalstatistik nicht? Auf 100 000 Strafmündige entfallen etwas über 2 Deutsche und 44 Juden, die wegen Wuchers verurtheilt sind. Herr Stadthagen hat gefragt, ob es auf den jüdischen Namen ankommt, ob sie Liebermann oder Sonnenberg heißen oder beides zusammen. Die Juden wurden 1812 gezwungen, sich Familiennamen zu geben, die sie vorher nicht hatten. Wenn die Juden adlige Namen angenommen haben, sind diese Namen dadurch jüdisch geworden? Ist die Fürstlich Löwenstein-Wertheim-Freudenbergsche Familie jüdisch geworden, weil die Juden diese Namen sich angeeignet haben? (Weiterkeit.) Meinen Vorfahren ist der adlige Name verliehen worden wegen Auszeichnung vor dem Feinde; das ist auch nicht jüdisch. (Weiterkeit.) Redner beruft sich auf Mommsen, nach dem der Jude sich mit der fremden Nationalität umhüllt; das geschieht jetzt auch in Ungarn. (Präsident von Lepowicz bittet den Redner zur Sache zu kommen; er habe ihm genügend Zeit gelassen, auf die Aeußerungen Stadthagens zu antworten.) Herr Stadthagen fragt nach andern Unterscheidungszeichen. Wenn er das gern wissen will, möge er in ein römisches Bad gehen und sich vor den Spiegel stellen. (Große Unruhe, Weiterkeit, Pfl.-Rufe.)

Abg. Böckel (Antisemit) freut sich über die Vorlage, die aber durchaus noch nicht ausreichend sei; sie sei ein Juristengesetz und durchaus nicht volksthümlich. Die einfachen Handwerker und Landente können ein solches Gesetz gar nicht verstehen; sie werden mit Götze sagen: Uns wird von alledem so dummt, als ging uns ein Mühlrad im Kopf herum. Ist es denn notwendig, daß der Wucher so fein definiert wird, daß erst die Ausbeutung der Nothlage nachgewiesen wird? Genügt es nicht, daß das Verbrechen bestraft wird? Wenn man auf solche Volksbegriffe zurückgreift, dann muß man allerdings auch die Rechtsprechung dem Volke übertragen. Dem juristisch-theoretisch gebildeten Richter gegenüber ist es schwer, den Wucher nachzuweisen. Es giebt Richter, welche den Begriff des Wuchers wohl verstehen; das sind Männer, welche aus dem Volke hervorgegangen sind. Ich behalte mir vor, später den Antrag zu stellen, die Verhandlungen der Wucherverfahren den Schwurgerichten zu überweisen. Die Vorlage wird einige Wucherer mehr treffen als bisher, aber eine rationelle Bekämpfung des Wuchers wird erst erreicht, wenn die Volksgenossen mit der Verurtheilung betraut werden. Die Aufzählung des Getriebes, welche bei den hohen Preisen stattfand, ist die schlimmste Wuchererei, schlimmer als der Geldwucher. Ueber die Judenfrage im allgemeinen habe ich nicht gesprochen; Herr Stadthagen hat meine Ausführungen nicht vollständig verstanden. Ich habe nur hervorgehoben, daß in Hessen die Juden den Viehwucher besonders betreiben. Ich habe durchaus nicht den Wucher der Christen den jüdischen oder beschönigen wollen. Das will überhaupt kein unabhängiger Mensch. Herr Stadthagen hat die Antisemiten in seiner Rede sammt und sonder als Wucherer bezeichnet; eine solche kampfesweise ist nicht geeignet, die parlamentarische Ordnung aufrecht zu erhalten. Die antisemitische Bewegung verurtheile den Wucher ohne weiteres, und antisemitische Strömungen giebt es in jeder Partei, auch unter den Sozialdemokraten. Ich erinnere nur an ein Gedicht des Herrn Kunert gegen den jüdischen Kapitalisten und an die Bemerkungen Liebknecht's über den jüdischen Kapitalismus.

Abg. Träger (Str.) erklärt, daß die Freisinnigen gegen die Vorlage stimmen würden, weil dieselbe von der bedenklichsten Wirkung auf das ganze Verkehrsleben sei und namentlich reelle Geschäfte treffen würde; außerdem ist, wie schon der Vordrucker ausführte, die Vorlage vollständig unklar. Der Richter kann so ziemlich alles, was ihm von Geschäften unter die Hand kommt, als Wucher ansehen. Wird die Vorlage abgelehnt, so bleibt der Wucher nach dem alten Gesetze immer noch strafbar. Die Wirkung des alten Wuchergesetzes ist die, daß von allen zur Anlage gekommenen Fällen über die Hälfte mit Freisprechung gendet hat; nur in den ersten Jahren sind mehr Verurtheilungen erfolgt. Ist es nicht eine große Rechtsunsicherheit, wenn mehr als die Hälfte der Angeklagten freigesprochen wird? Gewiß kommen Uebervertheilungen und Ueberbeurteilungen in vielen Fällen vor; aber dagegen giebt es zivile Rechtsmittel. Dazu braucht man nicht eine so abenteuerliche Gesetzgebung. Redner wendet sich gegen die einzelnen für die Spezialberathung vorgelegten Anträge zum Artikel 4 und 5 und dem auf Antrag des Abg. Minteln angenommenen Artikel 6 betreffend die Bestrafung der wucherischen Viehheben, die Bestimmung, daß bei Auktionen geistige Getränke nicht verobrecht

werden dürfen, kann man wohl annehmen, trotzdem sie einem echt germanischen Zuge widerspricht; denn, nach echt germanischem Brauche sind alle Geschäfte erst gültig, wenn sie mit einem Trunk besiegelt sind. Ob Sie glauben, die Trunkfestigkeit des deutschen Volkes erschüttern zu können, lasse ich dahingestellt. Wir vertonen den guten Willen der Regierung und der Mehrheit des Hauses nicht; aber es sind schon oft genug aus gutem Willen böse Früchte erstanden. (Beifall links.)

Darauf wird um 5 1/2 Uhr die Weiterberathung bis Freitag 1 Uhr verlagert. Vorher Interpellation Richter, betreffend die Vorkommissionen auf Kontrollversammlungen und zweite Berathung des Nachtragselats.

Parteinachrichten.

Gegen die Militärvorlage erklärten sich ferner Versammlungen in Merseburg (Ref. Mittag-Halle), Ballingen (Ref. Th. v. Wächter-Stuttgart), Lampertheim (Ref. Verthold-Darmstadt).

Waisfeier. Die Parteigenossen in Straußberg bei Berlin, Neumünster und Hensburg halten am 1. Mai eine Versammlung, am 7. Mai eine Waisfeier ab; die in Vellen i. M. halten am 1. Mai ebenfalls eine Versammlung ab und machen am 7. Mai eine Agitationstour. In München finden am Abend des 1. Mai fünf Versammlungen statt, am 7. Mai ist in Holzapfelkreuth ein großes Volksfest. In Frankfurt a. O. muß von der Abhaltung der zum 1. Mai geplant gewesenen Versammlung abgesehen werden, da ein geeignetes Lokal nicht zur Verfügung steht; es findet daher nur ein Ausflug und zwar am 7. Mai statt. In Naumburg wird am Nachmittag des 1. Mai ein Ausflug unternommen; in Leipzig solcher Vormittags, und Nachmittags ist geselliges Beisammensein in der Zentralthalle, Abends Konzert in Hohenmölsen feiert am 30. April. Die Parteigenossen im Saarrevier wollen von einer besonderen Kundgebung am 1. Mai absehen, da diese von den Gegnern zu neuen Unterdrückungen der Bergarbeiter benutzt werden würde; sie werden unter sich zusammenkommen. Vergiehhäbel feiert am 30. April, Dresden und Umgegend am 1. Mai. Plauen i. V. hält am 30. April ein Fest, am Abend des 1. Mai eine Versammlung ab. Planitz bei Jwidaun feiert das Fest am 1. Mai. In Grimnitz a. M. ist am Nachmittag und Abend des 1. Mai Konzert, Ansprache, Theater; am 7. Mai wird ein Spaziergang unternommen. In Harburg ist am 1. Mai Versammlung, am 7. Mai eine solche unter freiem Himmel mit darauffolgendem Volksfest. Am 30. April feiern in Baden: Neckarhausen und Umgegend, Sandhofen, Käferthal, Heddesheim, Demsbach, Schriesheim, Schwellingen; am 1. Mai Mannheim, Neckarau, Weinheim; am 7. Mai Freudenheim. Im Kreise Mainz halten Mainz, Kofheim, Brexheim, Mombach und Gonsenheim die Feiern am 1. Mai ab, Weisenau und Finthen am 30. April, alle übrigen Landorte am 7. Mai und zwar in Mainz, wo an diesem Tage ein großes Volksfest stattfindet. In Frankfurt a. M. ist am Vormittag des 1. Mai Versammlung, Nachmittags musikalische u. Unterhaltung, Abends großes Volksfest. In Höchst ist am 1. Mai Versammlung; am 7. Mai halten die dortigen und die Parteigenossen aus der Umgebung ein Volksfest in Hofheim Taunus statt, da in Höchst kein geeignetes Lokal zu bekommen war. Der Wirth Müller des Erfurter Schützenhauses hat sich von der Schützen-Gesellschaft wirklich ins Wochshorn jagen lassen, indem er sein Lokal zur Waisfeier verweigerte. Das Fest findet nun in dem übrigens günstig gelegenen Lokal Planer's Felsenkeller statt. Die „verdamnten Sozi“ fallen immer auf die Füße. Ueber das Verfahren des Wirthes, der sein Wort brach, schreibt die „Thüringer Tribüne“: „Der Herr suchte seinen Wortbruch durch allerlei windige Ausflüchte zu beschönigen. So behauptete er, Herr Oberbürgermeister Schneider habe ihm erklärt, er werde keine Versammlung dulden, Herrn Regierungspräsidenten von Brauchitsch beschuldigte er der unzulässigen Einwirkung auf seine (Müller's) Entschlüsse. Wir sind davon überzeugt, daß Herr Schneider die ihm von Herrn Müller in den Mund gelegte mehr als einfältige Aeußerung nicht gethan hat, wir glauben ferner, daß Herr v. Brauchitsch ein viel zu vornehmer Herr ist, als daß er sich dazu herablassen würde, gleich dem untersten Polizisten, sich mit dem Abtreiben von Sälen zu befassen, und wir würden es vollständig begrifflich finden, wenn beide Herren gegen Herrn Müller wegen Herabwürdigung ihrer Person Strafantrag stellen würden.“ Gegen den Wirth Müller haben die Erfurter Parteigenossen eine Klage auf Schadenersatz einleiten lassen.

Die Waffenfabrik-Arbeiter in Steyr beschloffen Arbeitsruhe am 1. Mai. Die Fabrikleitung befragte darauf sämtliche Arbeiter durch Stimmzettel um ihre Meinung. Das Resultat war, daß 1800 Arbeiter für und 600 gegen die Arbeitsruhe waren. Der Betrieb wird infolge dessen ruhen.

Aus Paris meldet das Herold'sche Bureau: In dem Manifest, das der Sozialistenführer Bussy an die Bergarbeiter im Pas de Calais erlassen hat, wird hervorgehoben, daß die Kundgebungen am 1. Mai durchaus größer sein müssen, als im Vorjahre, wenn die Brüder nicht verrathen werden sollen. Alle müßten am Sonnabend die Arbeit niederlegen und sie nicht etwa am Montag, sondern erst am Dienstag wieder aufnehmen.

Der Ausschuss des Arbeitersyndikats im Departement Loire beschloß, am 1. Mai eine Deputation zu dem Präfekten zu senden, um den Achtstundentag und die Errichtung einer Pensionskasse für Arbeiter zu verlangen.

Die sozialistische Parteileitung Spaniens hat folgenden Aufruf erlassen: Arbeiter! Das vierte Mal schon bereiten wir uns vor durch Demonstration am 1. Mai von den herrschenden Klassen diejenigen Gesetze zu verlangen, deren wir zu unserer Emancipation bedürfen. Die Bourgeoisie, weit entfernt, unsere gerechten Forderungen zu erfüllen, treibt die Arbeiterklasse aller Länder, sich zu vereinigen, um den Sieg ihrer Ideen zu verwirklichen, um ihre ökonomische Befreiung herbeizuführen. Hoch der Achtstundentag! Hoch die internationale Solidarität!

Reichstags-Kandidaturen. Für den Wahlkreis Quersfurt-Merseburg wurde von einer Volksversammlung in Merseburg, zu der die sozialdemokratischen Vertrauensleute des Kreises eingeladen waren, August Mittag aus Halle als Kandidat aufgestellt. Für den nassauischen Wahlkreis Wiesbaden nominirte eine dort abgehaltene Konferenz der Parteigenossen Emil Fleischmann aus Frankfurt a. M. als Kandidaten.

Von der Agitation. Im Wahlkreise Dortmund hielt am Sonntag unsere Partei 16 Wählerversammlungen ab. Am Sonntag machte der freisinnige Bürgerverein von Straußburg i. E. einen Jourtagungsanfall nach Bismarck. Um halb 4 Uhr begann in der Restauration Schreiber die Versamm-

Durch eine Feuersbrunst ist fast die ganze Ortschaft Klengen im Schwarzwald in Asche gelegt worden.

Zu Bremen ging in der Mittwoch-Nacht der Freilichspeicher Nr. 5 in Flammen auf. Mehrere in der Nähe befindliche Eisenbahnwagen verbrannten ebenfalls. Die im Hafen liegenden Schiffe konnten gerettet werden.

Ein merkwürdiger Unfall ist dem „Hannoverschen Courier“, das Sprachrohr des Herrn v. Bennigsen, widerfahren. Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, hat ihre letzte Korrespondenz dieses Sprachrohr in die Achillesferse getroffen.

Mainz, 25. April. Heute waren Gerüchte über einen in Koffheim verübten angeblichen Luftmord verbreitet. An Ort und Stelle erfahre ich Folgendes: Am Sonntag Abend 11 Uhr sich eine etwas schwachläufige Frau vom Hause fortbegeben und erst am Montag Morgen wurde sie, halb im Main liegend, von einigen Sandfischern in folgendem Zustand gefunden: Die Frau war vollständig entkleidet und der ganze Körper mit Wunden bedeckt, sie selbst gab an, daß sie von einigen Kerlen, die sie nicht kannte, überfallen, ihrer Kleider bis aufs Hemd beraubt und dann in diesem Zustande durch das Unterholz der Weidenpflanzungen am Mainufer geschleift worden sei, wodurch sie über und über mit Wunden bedeckt worden sei; in diesem Zustande sei ihr alsdann Gewalt angethan worden. Heute war der Staatsanwalt in Koffheim. Es fanden viele Vernehmungen statt, doch konnten die Vernehmungen ihr Alibi nachweisen. Die vorgenommene Ortsbesichtigung ergab, daß die Angaben der Frau der Wahrheit entsprechen können. Es ist offenbar ein schweres Verbrechen an der Unglücklichen verübt worden.

Ein neuer Parasit des Menschen wurde von Professor Skriba in Tokio (Japan) gefunden. Es ist eine Milbe, halb so lang wie die Strägmilbe, und pflügt sich in der Niere anzuheben, wofür sie zur Entstehung blutigen fibrinartigen Urins Veranlassung giebt. Prof. Skriba hat sie Nephrophages sanguinarius benannt und nimmt an, daß sie in vielen tropischen Gegenden

herrschende Anämie durch diesen gefährlichen Schmarozer hervorgebracht wird. Als Heilmittel erwies sich, der „Kerytischen Rundschau“ zufolge, Betruhe und einige Gaben Mutterkorn.

Die Nachricht aus Chicago, daß Trocadero-Theater sei niedergebrannt, die wir nur unter Reserve widergaben, ist unzutreffend.

In Cincinnati stürzte in einer im Bau begriffenen Fabrik für Elektrotechnik eine Seitenwand ein, infolge dessen 14 Arbeiter 40 Fuß tief in den Keller fielen. Ein Arbeiter blieb todt, 7 sind schwer verwundet.

Briefkasten der Redaktion.

G. Klemann. Als Forderung erscheint nur angemessen: für die Beihilfe bei der Entbindung 6 M., für jeden folgenden Besuch 1 M. Danach räumen ihr 20 M. zu; fragen Sie aber wegen der besonderen Umstände, die in Ihrem Fall vorliegen, bei dem Arzt an. — Eine schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

M. 94. Den ganzen Tag hindurch.

Bernhard B. 1. Für Nasenbluten können die verschiedenartigsten Ursachen vorliegen; wenden Sie sich an einen Arzt. 2. Ja. 3. Nein. 4. Nein. 5. Ja. 6. Es kann nach dem Geburts-tage geschehen; der Vater muß im Stande sein, das Kind zu erziehen. Die Mutter hat das Recht, das Kind bei sich zu behalten; dann geht aber der Alimentationsanspruch verloren.

Ein Genosse Svendsborg. Auslieferung wird wegen Entzuges von der Militärpflicht nicht; kommt der junge Mann später nach Deutschland, so muß er nachdienen und wird bestraft.

A. K. 16. Die Unterstützung hat Ihre Frau zu beanspruchen, da Sie zur Alimentierung ihrer Kinder aus erster Ehe nicht verpflichtet sind.

Franz L. 1. Die Forderung wegen Arbeitslohn verjährt erst in 2 Jahren, vom 31. Dezember des Jahres ab gerechnet, in dem die Forderung erwachsen ist. 2. Bei Wochenlohn ist Abzug für einen Feiertag unzulässig. 3. Sie haben Anspruch auf den vollen Tagelohn. 4. Ihre Klage ist beim Innungs-Schiedsgericht einzureichen.

P. Schulze. 1. Die Aufstellung der Behauptung enthält eine Falschbildung. 2. Das ist keine Kraftbare, weil nicht von der zuständigen Behörde abgegebene, eidesstattliche Versicherung.

H. 2. 1. Einem Anwalt bedürfen Sie nicht. 2. Es kommt auf die Frage, ob das Kleidungsstück brauchbar war, an. Der Ausgang des Prozesses hängt von der Entscheidung dieser Frage ab und ist deshalb zweifelhaft. 3. Die Kosten des Anwalts — etwa 8 M. — trägt die unterliegende Partei.

Depeschen:

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Wien, 27. April. Gestern Abend bewarfen mehrere hundert streifende Zimmerleute eine Polizeiwache, welche einen Agitator verhaftet hatte, mit Steinen. Die Polizisten zogen den Säbel und verhafteten einen Häufelsführer. Verletzt wurde niemand.

Brüssel, 27. April. Der Senat genehmigte mit 52 Stimmen gegen eine Stimme, bei 14 Stimmenthaltungen, den neuen Artikel 47 der Verfassung, nach welchem das Mehrstimmigkeit nach dem Antrag Roggen's eingeführt werden soll. Die Kammer hatte den Antrag am 18. d. Mts. angenommen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Wien, 27. April. Die Urheber eines in dem Dreher'schen Brauhaus zu Schwachat ausgebrochenen Brauergewaltens-Streiks sind verhaftet worden.

Paris, 27. April. Großes Aufsehen erregt eine Broschüre, welche die Eisenbahnarbeiter zum allgemeinen Ausstand auffordert. Dieselben seien 350 000 Mann stark und fehle es nur an der Organisation, um ihre Zwecke zu erreichen.

Der Maifeier wegen

95/18
ruht am Montag, den 1. Mai, unser Betrieb. Die geehrte Kundschaft ersuchen wir, den resp. Bedarf gest. vorher zu decken.

Der Detailverkauf in den Filialen findet bis Mittags 1 Uhr statt.

Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend.
(Eing. Genossenschaft mit beschr. Haftung.)
Der Vorstand: Freitag, Grassold.

Möbel u. Polsterwaaren Aug. Herold,
Oranienstr. 83/84.

Cigarren mit Kontroll-Schutzmarke!
Sämtliche von mir zum Verkauf gehaltene Waare ist reelles, eigenes Fabrikat und mit obiger Marke versehen. 4092L*

Hermann Wicht,
Dresdenerstr. 16, zwischen Kottbuser Thor u. Oranienplatz.

Maitrank Flasche 60 Pfg., 10 Fl. 5.50 Mk.
Spiritus Liter 32 Pfg.
Himbeersaft (ohne Stärkesirup), 40888* Lit. 1.50 Mk.

Franz Beyer,
Chausseestr. 103.
Sämtl. Weine zu Großpreis.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 9806L*
am diesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Montag, den 1. Mai bleibt mein Hut-Geschäft von 4 Uhr ab geschlossen. 4071L*

Adolf Febr,
Köpenicker-Strasse 126.

Sophastoff Reste
in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquettes spottbillig!
Proben franko!

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstrasse 158.

Lohnend. Massenartikel für Wiederverkäufer.

Zur Maifeier
Knopfloch-Röschen aus Celluloid mit Knopf oder Nadel. 1000 Stück M. 50.—, 100 St. M. 6.—, 1 Muster-Duzend M. 1.—

franko. Gegen Voranmeldung des Betrages. Bei Nachnahme ist 1/3 anzugahlen. 61/6

Casseler Vexir-Artikel-Fabrik
Cassel.

Alle Werkzeuge für Studateure, Bildhauer, Töpfer
Liefere unter Garantie
Invalidenstrasse Nr. 107
Karl Kurze.

Alle Stiefel gr. Ausw., Reparatur u. Rest. reell u. billig.
Runge, Haunstr. 2. 8618b*

Achtung! Rixdorf. Achtung!
Diejenigen Genossen, welche gewillt sind, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern, werden ersucht, sich beim Unterzeichneten zu melden und diese Feier im Restaurant von G. Schmidt, früher Seger, Hermannstr. 23, abzuhalten. Der Garten mit 2 Regelbahnen, Billard steht zur Verfügung. Für musikalische Unterhaltung ist gesorgt. Familien können Staffee lochen. 40992

G. Neumann, Steinmehstr. 54.

Der Gesangverein der **Berl. Dachdecker, Eintracht** sucht einen **Gesanglehrer.**
Meldungen nimmt werktäglich Abds. zwischen 7 und 8 Uhr entgegen Franz Schacht, Dachdecker, Berlin, Oberbergerstrasse 52, Hof 3 Tr. bei Petry.
Stimmbegabte Herren, welche einem Gesangverein beitreten wollen, bitte ich, sich beim Unterzeichneten Abends zu melden. **Franz Schacht,** 158/12 Stellvertret. Vorsitzender.

In der Böttcher'schen Fabrik arbeiten nur anständige Leute. 8610b

Bruchbänder, chirurg. Gummiwaaren, Gummistrümpfe, Geradhalter, Leibbinden, Spritzen, Suspensor's etc. Umstandsbinden, medicin. Verbandstoffe, Brillen etc., Pincenez, sowie Artikel aller Art zur Krankenpflege empfiehlt
J. Ch. Pollmann, gepr. Bandagist, Berlin, 30 Linienstrasse 30.
Lieferant für die vereinigten Hilfs-Krankenkassen.

Schönes Vereinszimmer mit Piano für mehrere Abende in der Woche zu vergeben. 8603b
Karl Ruppig, Blumenstr. 49.

Großes Vereinszimmer ist zu vergeben Liegnitzerstr. 17. Rinkert. 8615b

Alte Stiefel für D. u. Damen verk. Lohmann, Einienstr. 6.

Kinderwagen. Grösstes Lager Berlin's **Andreasstr. 23. Dv**

Nachtigallen schlagen, **Schnelle, Staligerstr. 132.**

Nothe Pomplaffen 3.50, Staare 2.—, Lerchen, Stieglitze, Zeigige, Girtige, Finken 1.25, junge Eichhähnen, alles billigst, Kaufe Mehlwärmer Sager, Andreasstr. 39. 8607b

Kl. Kammer leer zu verm. Brangell-Strasse 9, v. 4 Tr. I. 8596b

Frül. Schlafstelle Frankfurter Allee Nr. 111, 4 Tr. bei Käufer. 8597b

Rel. Schlafst. f. D. Oranienstr. 190. Dentschel. 8616b

Schlafstelle für zwei anst. Herren bei Wwe. Schulz, Waldemarstr. 75, v. III I.

Allgem. Kranken- u. Sterbeliste der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(E. S. 86 Hamburg.)
Die Mitglieder-Versammlungen finden statt:

Für Bezirk A: Sonntag, 30. April, Vormittags 10 Uhr, bei **Stehmann,** Melchiorstr. 15.

Für Bezirk B: Mittwoch, 8. Mai, Abends 8 Uhr, bei **Doberstein,** Mariannenstraße 31/32.

Für Bezirk C: Sonntag, 30. April, Vormitt. 10 Uhr, bei **Poype,** Lindenstraße 108.

Für Bezirk D: Sonntag, 30. April, Vormittags 11 Uhr, bei **Nicolai,** Elisabethkirchstraße 14.

Die Tagesordnung sämtlicher Versammlungen lautet: 1. Geschäftliches. 2. Vierteljährlicher Kasernenbericht. 3. Verschiedenes.

Die Zahlstellen, in denen jeden Sonnabend von 8—10 Uhr Beiträge entgegengenommen und neue Mitglieder aufgenommen werden (bis zum 45. Lebensjahr), befinden sich:

Für Bezirk A: Raunungsstraße 73 bei Rohr und Langestraße 85 bei Meyer.

Für Bezirk B: Reichenbergerstraße Nr. 16 bei Pähold und Staligerstr. 65 bei Krause.

Für Bezirk C: Jossenerstr. 95 bei Talle und Alte Jakobstr. 69 bei Benz.

Für Bezirk D: Elsfasser- und Al. Hamburgerstraßen-Ecke bei Wittchow und Gollnow- und Weinstraßen-Ecke im Lokal. 3612b

Es werden die Mitglieder, welche nur obiger Kasse angehören, dringend ersucht, zu erscheinen.

Alle diejenigen Säger, welche gewillt sind, sich den drei Vereinen **Genesfelder, Steinmüchen** und **Gemüthlichkeit** anzuschließen, um am 1. Mai im Feenpalast dementsprechend mitwirken zu wollen, werden ersucht, Sonntag früh zur Probe im „Feenpalast“ pünktlich zu erscheinen.

In der Straffache gegen den Redakteur **Kurt Sacks** in Hamburg, geboren am 24. April 1864 zu Breslau, Dissident, wegen Verleumdung mittels der Presse, hat die vierte Strafkammer des königlichen Landgerichts I zu Berlin am 14. Februar 1893 für Recht erkannt: Daß der Angeklagte schuldig der Verleumdung mittels der Presse, und deshalb zu bestrafen mit einer Geldstrafe von fünf und sechzig (76) Mark, der im Nichtbeitreibungsfall für je fünf Mark eine Gefängnisstrafe von einem Tage zu substituieren, auch die Kosten der Untersuchung zu tragen gehalten.

Ferner dem früheren Ersten Staatsanwalt zu Königsberg i. Pr., jetzigen Oberstaatsanwalt Wulff zu Marienwerder und dem Polizeibeamten Schulz in Schneidemühl die Befugnis zuzusprechen, die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen binnen vier Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urtheils durch je einmalige Einrückung in den deutschen Reichs-, beziehentlich königlich preussischen Staatsanzeiger und in das Berliner Volksblatt öffentlich bekannt zu machen.

Mit der Urschrift gleichlautend. Berlin, den 24. April 1893, Fäßhauer.

Schriethauer nach auserh. w. gef. Näheres R o h n. Gartenstr. 43, 2 Tr.

Ein Burche zum Laufen gesucht bei R a g e l. Kommandantenstr. 55. 3615b

Oberhänden - Näherinnen und Verfräulein verl. Straßunderstr. 68. 41002

„Zum Prophet.“

Welthaus

fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben
Etage. Am Dönhoffplatz. Etage.
Ede Leipziger- und Kommandanten-Straße.

Wir offeriren
nur noch kurze Zeit

aus dem von uns erworbenen Hamburger Lager, bestehend in 4076L

Herren- und Knaben-Garderobe:

	früh.	jetzt	von	M.	an.
Partie I.					
Cheviot-Anzüge	22	22	8	M.	an.
Erismittsch. do.	28	28	13	"	"
Kammgarn-Anzüge	34	34	18	"	"
Schroth-Fazon do.	50	50	29	"	"
Partie II.					
Frühjahrs-Paletots	20	20	8	M.	an.
do. aus ff. Tuch	29	29	13	"	"
do. hochlegant	38	38	27	"	"
Sommer-Paletots	21	21	7 1/2	"	"
do. extra	36	36	19	"	"
Partie III.					
Älter	28	28	8	M.	an.
Partie IV.					
Tuchhosen	7	7	3	M.	an.
Schwarze Hosen	14	14	5 1/2	"	"
Nouveautés do.	20	20	7 1/2	"	"
Partie V.					
Westen	3	3	1/2	M.	an.
weiße do.	6	6	1 1/2	"	"
hochlegante do.	12	12	3	"	"
Partie VI.					
Knaben-Anzüge	4	4	1	M.	an.
do. in Cheviot	5 1/2	5 1/2	3	"	"
do. Nouveautés	10	10	5	"	"
Gurfschen-Anzüge	9	9	4	M.	an.
do. in Cheviot	10	10	5 1/4	"	"
do. hochsein	18	18	8	"	"
Jünglings-Anzüge	15	15	6	M.	an.
do. in Cheviot	19	19	8	"	"
do. Kammgarn	24	24	14	"	"
Knaben-Paletots	8 1/2	8 1/2	2	M.	an.
Gurfschen-Paletots	12	12	5	"	"
Jünglings-Paletots	15	15	7	"	"

Schlafrocke in großartigster Auswahl von 6 Mark an.
Die Raigon-Chefs und Inspektoren sind angewiesen, darauf zu achten, daß Jedermann auf's Beste und Billigste bedient wird.
Sonntags geöffnet von 7—10 und 12—2 Uhr.

Jamaica-Rum,

echt Verschnitt u. Fac., Literfl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Bl. 10 Pf. 6Miger. Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literfl. M. 2,10.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter M. 1,20.
Echt Stonsdorfer Bitter-Bikör, Liter 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10.
Cognac fine Champagne, 3/4 Literfl. 3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 12.

Eugen Neumann & Co.,

6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 81. Neue Friedrichstr. 81. S. Oranienstr. 8.

Möbel- und Polsterwaaren-Magazin

von **Aug. Boddin,**

88 Kottbuser Damm 88 (früher Reichenbergerstraße 9). 3488b

Oranien-Bad

Oranienstrasse 44.

Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.

Dampfkasten-Bäder.

Einpackung und Massage.
Leitungswasser. 3719L*